

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Besteht für die sechsgehaltene Kolon-
zelle oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnent: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Streichband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende
Parteibeiträge ein:

Altona 2000.—, Altona S.-A., von den Genossen des Wahl-
kreises 300.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 1000.—
(darunter Siegesfeier der 5. Abt., Kuff einer Cigarre 15,30, Vier-
prozente von den Töpfern der Firma „Millionenschmidt“, Triftstraße
10.—), 4. Kreis Ost 2000.— (darunter Les- und Diskutierklub
„Avanti“ 10.—, Grabrede bei Frau Kopsch 7.—, „Korn“ 5.—,
Güterklub „Edelweiß“, Hornborststraße 6, trotz alledem 10.—,
aus der Vorstandssitzung des B. G. S. 7,72), 6. Kreis 7500.—
(darunter Nordklub Gesellschaft 10.—, H. Ramlow 20.—,
Superkolonne Prißlow, Kantstr. 41, 3,90, A. D. Wüster 1.—,
Vierprozente von den Arbeitern von Schubert u. Berth
21,10, Abt. Hölmer, Vierkontum A. G. d. Pfeffer 5,05, B. G.
durch Bergmann 1.—, v. d. Arbeitern der Schuhfabrik Jacoby,
Brunnenstr. 9, 5,50, Möbelfabrik v. K. Köhling, Friedenstr. 48,
Vierprozente 75.—, Kranzführer M. B. 4.—, Koabit: Wahl-
totalitar Union 16.—, Wenz 2.—, Gesangsverein Inverzagt 20.—,
Draniensburger Vorstadt: Tschowik, Gartenstraße 40, 9,80.)
Berlin, diverse Beiträge: A. G. S., Vorkauf eine Abt. Wf. Schuppen II
zum Wahlfonds 18,65. Ueberisch, v. 4. Stiftungsfest der central-
organisierten Bauarbeiter v. Friedrichsberg u. Umg. 23.—, H. u.
L. B. 10.—, Gesammelt in Veitich durch B. G. S. 6,50, A. W. 5.—,
für einen gültig beigelegten Streitfall 3.—, H. u. R. 4.—,
H. Müller 1.—, Ueberisch, einer Kranzspende der Leitergerüstbauer
Berlins 38,60. Sühnegeid v. Verein f. Tech. u. Gew. d. Th. 2.—,
Siegesfeier Berg-Ver. Südost, Köpferstr. 6,55. Gesangsverein
Männerchor Südost 5.—, Maurer Goldbamerstr. 10/11, Vierprozente
10.—, von Maurern B. G. S., Tischlerei von Schwarz, Urbanstr. 67,
Saal 2 Treppen 10.—, Gesellen der Möbelfabr. Rietzen, Frieden-
straße 98, 2. Rate 5.—, Verbandsmitglieder Buchdruckerei Wigal 24.—,
Restaur. Voigt, Beamtendauer B. G. S., von den Arbeitern der
Neuer Berliner Genossenschaftsbäckerei 26.—, Contobucharbeiter v.
Wedding 5.—, Männer-Gesangsverein Senefelder, 2. Wahlfonds
15.—, B. G. S. 50.—, A. W. 50.—, Bäckerei-Arbeiter des
Kabatt-Sparvereins Südost 17.—, Mitglieder des Ver-
bandes der Buchdrucker im „Vorwärts“ 120.—, Vier-
prozente Bau-Gesellschaft Ufer 68, 10.—, Drücker der Lampen-
fabrik Schuster u. Baer 5.—, Mitgl. der U.-Dr. 5,70.
Aufgeldlöser Pflanzerverein Jucke, Rankow 11.—, Amerik. Kult.
10. Bez. des Dichtberger Wahlvereins 5,25. Einige Arbeiter der
Firma Koff und Wein 5,50. Gesangsverein Draniensburger Vorstadt
10.—, H. 100 1.—, Gutenberg 40.—, Claire 1.—, Ueberisch, v. d.
Landpartie der Handlcher-Verleihanstalt E. Riegner 6,80. Siederei
Bär u. Stein 5.—, Aber, nann 1 50.—, C. Schwedler, Schiffer 3.—,
D. H. Jinsen durch „Vort.“ 6.—, Fr. Jinsen durch „Vort.“ 12.—,
Dreslau, socialdemokratischer Verein 50.—, Vorn 50.—,
Dromberg, Rückzahlung nicht gebrauchter Wahlgelber 500.—,
Darmen, socialdemokratischer Verein 300.—, Dunszlau, Rück-
zahlung nicht gebrauchter Wahlgelber 175,30. Drosslyn-New York,
Arbeiter-Kranken- und Sterbedafte Dr. 68 Williamsstr. 104,17.
Grimmischau, 18. sächsischer Reichstags-Wahlkreis, 4. Rate 150.—,
Delmenhorst, durch H. M. 30.—, Dortmund-Hörde, Wahlkreis, 130.—
(darunter von den Glenden von Wierbeck 5.—), Hallenberg (Oberh.),
Rückzahlung von Wahlgeldern 60.—, Freiberg i. S., alte Garbe 3.—,
Färth i. B., v. d. Puffen d. Maulbeerbäumchen durch Sch. 14.—, Frank-
furt a. M., durch den Vertrauensmann 1000.—, Gotha, durch den Vert.
30.—, Gorkzigen, Parteibeitrag v. B. 20.—, Halle a. S., W. 1000.—,
Hamburg, 2. Wahlkreis 3000.—, Heidelberg, Soc. Verein 10.—,
Hamburg, v. d. Gerbern Dr.-Vorsteis 10.—, verbummelte Stimmen
im 3. Wahlkreis 5.—, Sa. 15.—, Hamburg, im Monat Juli in der
Expedition des „Echo“ eingegangen 177,95. Königsberg i. Pr.,
Parteibeitrag 3. Quart. 08 100.—, Kopenhagen, gut gewählt 1,48.
Lichtenstein-Callenberg im 17. sächs. Reichstags-Wahlkreise, vom
Gewerkschaftsfest 63.—, Limbach, 15. sächs. Reichstags-Wahlkreis
1500.—, London, Romm.-Arb.-Ver., Schlussrate der Wahlammlung
33.—, Mülhausen i. F., durch J. H. für Wahlwede 18,70.
Niederwödnitz, 19. sächs. Reichstags-Wahlkreis 100.—, Niederbarnimer
Wahlkreis 1000.—, Revises-Tonißeide, Allgem. Arbeiterverein
30.—, Oberlangensielau, Wahlverein Langensielau 100.—, Peters-
waldau im Wahlk. Reichsn.-Neurode, Wahlverein 10.—, Remsheid,
rote Hochzeit, Kaufst. 1,50. Ronndorf, Allgem. Arbeiterverein,
2. Quart. 25.—, Sen. E. B. 2.—, Sa. 37.—, Remsheid, von den
Parteiengenossen durch J. B. 100.—, Schwabischer Jünglingsklub
250.—, Strahburg i. Elb., Altvater 5.—, Stettin, vom
Wahlverein 500.—, Stuttgart, Ueberkauf des Kreis-Wahl-
fonds (Wahlkreis Galbe-Wäckerleben) 145,14. Sorau, durch
den Vertrauensmann 100.—, Solingen, durch das Kreis-
komitee 300.— (darunter Volkverein Solingen 30.—, desgl.
Wald 37.—, desgl. Ohlitz 10.—, desgl. Leichlingen 5,50). Teltow-
Weesow-Charlottenburg, Kreiswahlverein 100.— (darunter von der
Nachschicht Potsdamerstr. 110/111 32,40, von den Kollegen der
Firma S. u. H. 7,90, v. L. P., Charlottenburg — 07). Torgau-
Liebenwerda, Rückzahlung nicht gebrauchter Wahlgelber 200.—,
„Vorwärts“, 2. Quartal 1903 26 678,45. A. P. 3. 4000.—

In der Quittung in Nr. 159 des „Vorwärts“ vom 11. Juli d. J.
müß es unter Berliner diversen Beiträgen nicht heißen B. G. 44
100.—, sondern B. G. 44 100.—; desgleichen unter den weiteren,
nicht aus Berlin stammenden Beiträgen nicht Partica 29,24, sondern
Glasgow-Partid (Schottland), gesammelt durch M. D. 29,24.

Für das vom Parteivorstand herausgegebene Handbuch für
socialdemokratische Wähler sind eingegangen: Hannover 40.—,
Markredwitz 2.—, Magdeburg 30.—, Brandenburg a. H. 30.—,
St. Gallen 3.—, Offen a. R. 36.—, Niederwödnitz 20.—, Berlin
(Glasarbeiter) 20.—, Remsheid 65,50. Alzei 6.—, für Schuppels
Handbuch: Königsberg i. Pr., R. 5.—, Summa 257,60.

Berlin, den 8. August 1903.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Zum Kampf für den Normal-Arbeitsstag.

Wenn die Gegner unserer Forderungen auf eine energische Ver-
färgung der Arbeitszeit sich einmal die Mühe machen,
diese Forderung überhaupt zu diskutieren, so sind ihre Stedenperde
bekanntlich die Behauptungen, daß die Arbeiter bei einer verkürzten
Arbeitszeit einen dauernden schweren Lohndverlust und die
Unternehmer eine nicht ausgleichbare Produktionsverminde-
rung auf sich laden, die zu tragen beide nicht im stande wären.
Nun sind diese Einwände zwar längst auf das Händigste durch die
thatsächlichen Erfahrungen widerlegt, aber da die Forderung der
Verkürzung der Arbeitszeit die wichtigste des ganzen Arbeiterschutzes
ist, so müß jedes neue Material zu ihrer Befürwortung wieder an-
gemerkt werden, um so mehr, wenn es von der Seite der Unter-
nehmer oder staatlichen Behörden beigebracht wird.

Für neues Material von seiten der Unternehmer hatten wir
kürzlich zu vielen andren die neuesten Mitteilungen aus den Er-
fahrungen mit dem Achtstundentage in der Optischen Wer-
stätte in Jena wiedergegeben, heute möchten wir einiges wenige
Material aus amtlichen Berichten über die Verkürzung der
Arbeitszeit weiterverbreiten. Es handelt sich um Erfahrungen und
Urteile, die sich in den eben der Öffentlichkeit zugänglich gewordenen
Erhebungen der Fabrikinspektoren und Vergbehörden über die
Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen in Preußen, auf die wir
schon wiederholt Bezug nahmen, auch über diese Frage finden. Von
dem großen Material, daß diese Erhebungen nun über das Ver-
hältnis von Arbeitsleistung zur Arbeitszeit herbringen, ist das meiste
so ungewöhnlich, daß ein Widerspruch überhaupt ausgeschlossen ist.
Wir greifen nur einiges heraus.

Im Regierungsbezirk Hildesheim war man dem
Fabrikinspektor von der Seite der Unternehmer auch damit
gelommen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden für
die Arbeiter einen wesentlichen Lohnausfall und für sie selbst eine
Verringerung und Vertenerung der Produktion „bis zur Konkurrenz-
unfähigkeit (!) auf dem Weltmarke“ (!) mit sich bringen müßte.
Dieser Behauptung aber stellt der betreffende Gewerbe-Inspektor die
einfache Thatsache gegenüber, daß die Arbeiter der gleichartigen Ver-
triebe mit zehnstündiger Arbeitszeit in der Lage waren, den anfäng-
lich natürlich vorhandenen Lohnausfall „durch bessere Ausnutzung
der Arbeitszeit und intensiver Arbeit allmählich vollkommen
auszugleichen“, und daß die Arbeitslöhne in den Betrieben mit
elfstündiger Arbeitszeit „in der Regel nicht höher, ver-
einzelt sogar niedriger“ als in den Betrieben mit zehnstündiger
Arbeitszeit zu sein pflegten. Auch nahm die Leistungsfähig-
keit des einzelnen Arbeiters und des ganzen Betriebes, wie der
amtliche Berichterstatter wörtlich feststellt, mit der Verkürzung der
Arbeitszeit in keiner Weise ab, „hatte vielmehr meistens besser
geschulte und ordnungsliebendere Arbeiter sowie
eine Verbesserung der Betriebseinrichtungen im Ge-
folge, wodurch die Konkurrenzfähigkeit nur noch ge-
stärkt wurde“. Das heißt: die Verkürzung der Ar-
beitszeit liegt, wie so oft schon erwiesen wurde, auch
im wohlverstandenen Interesse des Unternehmers; freilich nur
im wohlverstandenen Interesse desjenigen Unternehmers, der
auch sonst sich bemüht, mit der Zeit und ihren Fortschritten mit-
zugehen. So sagt unser amtlicher Bericht auch ganz richtig weiter:
„Wo allerdings noch veraltete Betriebseinrichtungen
benutzt werden, die teuer arbeiten, und wo die infolge dessen hohen
Herstellungskosten der Erzeugnisse vorwiegend durch niedrige
Löhne auf konkurrenzfähiger Höhe gehalten werden, können
möglicherweise durch eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit
Betriebseinstellungen vorkommen, wenn die Gewerbetreibenden nicht
zu durchgreifender Verbesserung ihrer Betriebs-
einrichtungen übergehen. Auf die Dauer werden solche
Betriebe aber durch bei einer elfstündigen Arbeitszeit nicht
lebensfähig bleiben und zu Verbesserungen oder zur
Einstellung des Betriebes gezwungen sein. Diese Betriebe verdienen deshalb meines Erachtens nicht
die von ihnen beanspruchte Rücksicht, ihretwegen
auf eine gesetzliche Festlegung der zehnstündigen
Arbeitszeit für Arbeiterinnen zu verzichten.“
Das ist gewiß ein erfreulich ungewöhnliches und verständiges Urteil,
das auch einen der traurigsten Gründe der Halbheit deutscher Social-
reform wiederum bloßlegt, — daß lebendig zu Gunsten Betriebs-
technisch intellektuell und social rüständiger Unternehmer Millionen
von Proletariern und Proletarierinnen des notwendigsten
Schutzes ihrer Kräfte, ihres ganzen physischen und psy-
chischen Daseins entbehren müssen, ohne daß doch eben
letztlich diese in jeder Hinsicht rüständigen Unternehmer dadurch
gerettet würden. Im Gegenteil könnten gerade diese Unter-
nehmer durch eine energische Socialreform ja zu Reformen auch
ihres Betriebes und damit zu ihrer eignen ökonomischen Rettung
gezwungen werden.

Auch der Berichterstatter für den Regierungsbezirk
Minden deutet diese Umstände, die einen stärkeren Arbeiterschutz
verhindern, sehr deutlich an, und betont auch im besonderen, daß
„eine Verkürzung der Arbeitsdauer eine Verminderung
der Leistungsfähigkeit nicht oder nur vorübergehend zur
Folge haben würde“. Auch er führt dafür positive Belege aus
seiner Erfahrung an. So habe sich bei den ausschließlichen Hand-
arbeiten, z. B. der Cigarrenfabrikation, regelmäßig ergeben,
daß bei Geschäftsstörungen durch eine längere Arbeitsdauer die Pro-
duktion nicht vermindert wurde, daß die Fabrikanten sich vielmehr
genötigt sahen, die Arbeiter auf Stückzahl zu setzen, d. h. die
Zahl der in einer Woche höchstens abzuliefernden Cigarren zu be-

stimmen. Ähnlich liegen die Verhältnisse ja auch in Bezug auf die
Leistungsfähigkeit der Maschinen, und der amtliche Bericht-
erstatter führt ganz richtig aus: Der Betrieb ist so weit als
möglich automatisch eingerichtet, so daß vielfach mehrere Maschinen
von nur einem Arbeiter bedient werden, der die größte Auf-
merksamkeit anwenden muß, um die Maschinen voll auszunutzen,
„was aber bei einer längeren Arbeitsdauer nicht durchführbar ist“.
Deshalb liegt in der That ja in der Verkürzung der menschlichen
Arbeitszeit an der Maschine eine Verlängerung und Vergrößerung
der maschinellen Arbeitszeit.

Sehr deutlich über die Frage des Verhältnisses von Arbeitszeit
und Arbeitsleistung wird auch der amtliche Berichterstatter des stark
industriellen Regierungsbezirks Arnberg. Er meint
dabei sogar, daß für die Verkürzung der Arbeitszeit so zahlreiche
Gründe vorgebracht worden seien, daß es sich erübrigt, diese zu
wiederholen, und auch nach seiner Ansicht hat es sich
„noch immer — auch in der Textilindustrie — erwiesen, daß eine
Herabsetzung der Arbeitszeit nicht eine ent-
sprechende Verminderung der Produktionsfähig-
keit nach sich gezogen hat“. Sehr zutreffend drückt er sich so aus,
daß die Arbeiter die Summe ihrer täglichen Arbeits-
kraft auch während einer kürzeren Arbeitszeit verausgaben
können. Nach weiteren speziellen Erörterungen kommt er bezüglich
der Verkürzung der Arbeitszeit zu dem Händigen Schluß: „Eben-
sowenig wie die Arbeiterschaft wird auch die In-
dustrie eine nennenswerte Schädigung durch diese Maßregel
erfahren und von einer dadurch verursachten Erschöpfung
des Wettbewerbes mit dem Auslande kann füglich wohl keine
Rede sein.“

So könnten wir Anspruch an Anspruch reihen, die eine Verkürzung
der Arbeitszeit mit allen Gründen der praktischen Erfahrung und
vernünftigen Einsicht gebieterisch fordern. Freilich giebt es auch
einige wenige Beamte, für die das Urteil beschränkter Unternehmer
der Weisheit letzter Schluß ist. Aber die Urteile dieser Beamten
haben dann die Farbe rein kapitalistischer Interessen so deutlich
und weithin merkbar an sich, daß sie zweifellos von keiner Seite anders
bewertet werden können, als etwa Urteile von Unternehmern selbst,
die mit der menschlichen Arbeitskraft bestimmungslos den verdrängten
Krautbau treiben wollen. Mühsamer aber geben diese Urteile gegen
die Verkürzung der Arbeitszeit so weit, daß sie geradezu wie naive
oder blöde Witze klingen. Denn kann man es noch anders auf-
fassen, wenn scheinbar ganz ernsthaft von dem Berichterstatter für
den Regierungsbezirk Frankfurt a. D. erklärt wird:
„ein Einfluß der Verkürzung der Arbeitszeit ist in gesundheitlicher
Beziehung nicht zu bemerken“, während gerade im Urteil über
diese Wirkung auch unter den sonst schärfsten Welsampfern der Ver-
kürzung der Arbeitszeit kein Streit mehr besteht. Aber, wie an-
gedeutet, solche Urteile kommen erfreulicherweise doch nur ganz ver-
einzelt noch vor und werden sicher mehr unbeachtete als
beachtete Wirkung haben, und von diesen wenigen Ausnahmen
abgesehen, sind diese neuen Berichte und Urteile über die Frage der
Verkürzung der Arbeitszeit weit über die besondre Ver-
kürzung des Arbeitstages erwachsener Fabrikarbeiterinnen hinaus
wertvoll und äußerst beachtenswert.

Beachtenswert gerade jetzt und umso mehr, als im neuen Reichs-
tage die energische Verkürzung der Arbeitszeit, die Herbeiführung des
Achtstundentages auch für erwachsene männliche Arbeiter die dringlichste
Forderung unrer Partei bleibt. Ebensovwenig zweifellos aber ist es
leider auch, daß von den Gegnern gerade wieder mit den ältesten
Ladenhütern gegen unsre Forderungen gekämpft werden wird, zu
deren eifernem Vesteude eben die Behauptungen von der dauernden
Lohn- und Produktionsverminderung gehören. Wegen
diese Behauptungen gerade, so oft sie auch sonst schon widerlegt sind,
bieten, wie wir nur ganz kurz zeigen wollten, diese neuen Erhebungen
das wertvollste Material; ebenso wirken sie außergewöhnlich
schlagend gegen die blöde Furcht oder bewusste Lüge der Unter-
nehmer, daß Deutschland durch eine eingreifende Verkürzung
der Arbeitszeit auf dem Weltmarke nicht mehr
konkurrieren können. „Es sind die langen Arbeitsstunden der
fremden Nationen, die uns gegen ihre Konkurrenz schützen“, ist der
Auspruch des früheren englischen Handelsministers Mundella, eines
Mannes, der selbst früher an Fabriken sowohl in England als in
Deutschland als Unternehmer beteiligt war. Und in der That be-
steht ja bei allen Einsichtigen und Vorurteilslosen aller Parteien
kein Zweifel mehr darüber, daß die hohen Löhne und kurze Arbeits-
zeit für England, Amerika und Australien eine Ursache des Fort-
schreitens, das Umgekehrte für Deutschland eine Ursache des Zurück-
bleibens gewesen ist.

Wäre die Einsicht und der gute Wille, die Vorurteilslosigkeit
und der weite Blick bei den herrschenden Parteien und der Regierung
vorhanden und maßgebend, sie könnten gerade bei dem zunehmenden
Konkurrenzampfe auf dem Weltmarke nichts Besseres für Deutsch-
lands wirtschaftliche Weltmachstellung thun, als
unsre so lange und eindringlich gestellte Forderung eines Normal-
arbeitstages endlich ohne weiteren Kampf zu bewilligen. Aber
der bekannte Satz von Marx scheint ewige Wahrheit
bleiben zu sollen, daß „die Schöpfung eines Normal-
arbeitstages das Produkt eines langwierigen mehr oder
minder verdeckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse
und der Arbeiterklasse ist“. Wei uns hat es bisher nicht gefehlt
und wird es im neuen Reichstage erst recht nicht fehlen, diesen „Bürger-
krieg“ möglichst offen und kraftvoll zu führen. Unrer Waffen sind
längst erprobt und zu den alten kommen täglich neue, nicht zuletzt,
wie wir heute zeigten, von unsren Gegnern selbst, den Unternehmern
und den Beamten der Regierung.

Der neue Papst.

Nachdem es in den letzten Tagen sechsmal vergeblich über dem Vatikan geraucht — ein Zeichen, daß das in Rom versammelte Konklave der Kardinalen sich noch nicht über die Person des neuen Nachfolgers Petri durch die erforderliche Zweidrittel-Majorität zu einigen vermocht hatte — verländet heute der Telegraph den Namen des Neugewählten. Es ist der bisherige Kardinalpriester und Patriarch von Venedig Giuseppe Sarto.

Sarto ist 1835 zu Treviso als Sohn eines einfachen Landmannes aus der Campagna geboren. Nach Vollendung seiner priesterlichen Studien lenkte seine eifrige seelsorgerische Tätigkeit bald die Aufmerksamkeit seiner Kirchenoberen auf ihn. Im Jahre 1884 zum Bischof von Mantua gewählt, ward er 1893 zum Kardinal und Patriarchen von Venedig berufen, dem einflussreichsten und wichtigsten Posten unter den norditalienischen Klerus. Er gilt als ein persönlicher Freund des gleichfalls unter den gemäßigten Papabili genannten Erzbischofs von Capua, Casparaturo, des früheren Reichstatters der Königin Margherita, dessen Papstkandidatur von der liberalen Presse trotz der gegen ihn vorhandenen Abneigung seitens der Intriganten, nicht als aussichtslos hingestellt wurde, obwohl er in einer 1897 gehaltenen Rede die Möglichkeit einer Annäherung an den Laicalen viel zu prononciert ausgesprochen hatte, als daß er ernsthaft für den päpstlichen Stuhl hätte in Frage kommen können.

Sarto hat es bisher vermieden, politische Ansichten öffentlich zu vertreten. Bemerkenswert zu werden verdient, daß, als der König von Italien, Umberto, seiner Zeit mit Kaiser Wilhelm in Venedig zusammentraf, der Kardinal von Rom aus den Blick erhob, den König nicht zu besuchen. Sarto besuchte zwar nicht den König, wohl aber den Sohn des „Usurpators“ in recht ostentativer Weise. Man wird in den nächsten Tagen die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, daran alle nur möglichen Konjekturen zu knüpfen. Selbst die „Petite République“, meinte beim Ableben Leos XIII., das Werk des letzten Papstes werde diesen nicht eine Stunde überleben; sein Nachfolger werde weder den Kredit noch die Zeit haben, eine Politik des Adwärtens zu führen, er müsse entweder die Politik Pius IX. wieder aufnehmen, oder aber auf die als unüberwindlich erklärten Ansprüche auf den Kirchenstaat verzichten. Es ist ja selbstverständlich, daß, wie in den Beziehungen des päpstlichen Stuhles zu den übrigen Mächten in der nächsten Zeit kaum etwas geändert werden dürfte, sich alles Interesse zunächst in der Frage zusammenbringt, wie der neue Papst sich zu dem Königreich Italien wird stellen wollen. Ob der Name Pius X., den der Neugewählte als Papst führen wird, damit in Verbindung zu setzen ist, lassen wir dahingestellt. Sicher ist jedenfalls, daß Pius X. zunächst wie alle seine Vorgänger deren Entscheide und damit auch die über das Haus Savoyen gefällten Verdikte bestätigen wird. Daß tausendjährige Ansprüche bei der prinzipiellen, um nicht zu sagen dogmatischen Bedeutung, die der katholische Meritismus nicht nur Italiens, sondern der ganzen Welt dem päpstlichen Temporalen beimißt, schon unter dem zweiten Nachfolger Pius IX. sollten aufgegeben werden (wenn sie überhaupt jemals aufgegeben werden) ist nicht zu erwarten. Mag der neue Papst zu dem Modus seiner Politik noch so gefällige Formen zu finden wissen, mag er die „liberal“-katholische Auffassung, die man dem Kardinalpatriarchen zuschreibt, auch unter der Tiara behaupten, wiewohl das nicht ohne weiteres selbstverständlich und gewiß ist — er wird in politischen Dingen in seiner Person daselbe Prinzip und System verkörpern.

Das ist der einzige Gesichtspunkt, den wir der bürgerlichen und insbesondere der liberalen Presse gegenüber bereits wiederholt betont haben, den erneut hervorzuheben im gegenwärtigen Augenblick allein von Interesse ist. Noch in den letzten Tagen belam die „Köln. Ztg.“ u. a. es fertig zu behaupten, der verstorbene Papst würde niemals die von Pius IX. aufgerichteten Hauptkatheten, nämlich die Erklärung der Dogmen der unbesetzten Empfängnis Marias und der päpstlichen Unfehlbarkeit, vollzogen haben. Das ist die bekannte und bedauerliche Täuschung über das Wesen des Meritismus, die über der maßvollen diplomatischen Form den Kern der Sache überdeckt. Man braucht nur einen ganz flüchtigen Blick in die Erlasse des Verbliebenen zu werfen, nur seine Hundschreiben über den marianischen Rosenkranz zu zählen und sich die Bedeutung, die er demselben für das katholische Leben beimißt, sich zu vergegenwärtigen, um zu wissen, daß er in dieser Frage mit seinem Vorgänger ein Herz und eine Seele war. Mit dem Unfehlbarkeitsdogma verhält es sich genau so. Keiner hat die päpstliche Autorität mehr betont, als Leo XIII. und sein Nachfolger wird darum, dessen kann man heute bereits durchaus gewiß sein, in nichts hinter ihm zurückstehen.

Eine andre Frage ist, ob bezw. wie der neue Papst zu den aus dem wirtschaftlichen Leben der westeuropäischen Kulturvölker aufsteigenden Fragen einer Socialisierung von Production und Gesellschaft Stellung nehmen wird. Man rühmt an ihm neben einem einfachen und bescheidenen Sinn seine große werthtätige Rücksicht; schon jetzt werden Stimmen laut, die seine Wahl als eine Reaktion gegen das überwiegend „politische“ Pontifikat Leos XIII. anlassen. Seine Tätigkeit als Bischof und Patriarch in dem industriereichsten Gebiete Norditaliens dürften ihn in engere Verbindung mit dem Industrieproletariat gebracht und seinen Blick für die Bedürfnisse derselben in höherem Maße geschärft haben, als dies bei dem früheren Kardinalbischof von Perugia, dem nachmaligen Leo XIII. in der Mitte des vorigen Jahrhunderts der Fall sein konnte. Für einen politisch klar denkenden Kopf, für einen Mann von „Geschicklichkeit und Festigkeit“ kann es nicht zweifelhaft sein, wozu in absehbarer Zeit in Europa die Reise geht. Und die bloße Thatsache, daß die Gewalt politisch erobert ist, macht sie nach kirchlicher Anschauung und päpstlicher Praxis als durch göttliche Zulassung gegeben, so daß die Kirche sich mit ihr abzufinden in der Lage ist, wenn dies den kirchlichen Interessen zu entsprechen scheint. So hat sich Leo XIII. mit den Thatsachen der französischen Revolution und der liberalen Aera trotz aller prinzipiellen Gegnerschaft abzufinden vermocht, so wird jede Kirchenpolitik sich mit dem Socialismus abzufinden wissen, sobald er politische Thatsache geworden. Bei Leo XIII. ist seine Stellungnahme zum Socialismus gerade durch seine „Politik“, durch seine Beziehungen zu den Kabinetten ganz wesentlich beeinflusst worden. Wir werden abzuwarten haben, ob der neue Papst die apostolische „Lehre“, wie Leo XIII. sie in seinen Encykliken niedergelegt hat, in allen Punkten acceptiert, ob er an ihr nicht in manchen Punkten gerade vom Standpunkte des dogmatischen Systems, das er vertritt, nach der Seite der praktischen Konsequenzen zu revidieren findet, wie Leo XIII. an dem „Modus“ Pius IX. Verschiebens zu revidieren gefunden hat. Wahrscheinlich ist trotz allem das letztere nicht und so dürfte auch der neue Papst für uns nicht mehr sein als eine veränderte Nummer in einem alten System.

Wir fügen obigen Ausführungen folgende Depeschen über die Papstwahl an:

Rom, 4. August. Gegen 11^{1/2} Uhr erscheint ein starkes Truppenaufgebot auf dem Petersplatz. Auf der äußeren Loggia der Peterskirche entzieht Bewegung. Die Menge auf dem Platz ist in höchster Erregung. Auf der Loggia erscheint ein großes Kreuz. Sofort präsentieren die Truppen. Kardinal Macchi, umgeben mit der violetten Soutane und der roten Mozetta und umringt von Cereemoniären, tritt hervor und verländet mit lauter Stimme, daß Kardinal Sarto zum Papste gewählt ist. Die Menge bricht in Jubelrufe aus. Kardinal Macchi giebt mit der Hand ein Zeichen, damit die Menge schweige, und verländet, daß Sarto den Namen Pius X. angenommen habe. Macchi zieht sich sodann zurück.

Die Menge begiebt sich in die Basilika. Papst Pius X., angethan mit dem päpstlichen Gewande, zeigt sich in der inneren Loggia der Peterskirche und segnet die Menge, die ihm begeistert zujubelt. Alle Kirchenglocken läuten.

Rom, 4. August. Als bei der heute vormittag vorgenommenen Abstimmung im Konklave die Prüfung der Stimmzettel ergab, daß Kardinal Sarto gewählt sei, ordnete der Defan des Heiligen Kollegiums sogleich alle Ceremonien an, um den Papst in seine Würde einzusetzen. Die Häupter der drei Kardinalordnungen traten vor den Sitz des neuen Papstes und der Defan fragte: „Accepasne electionem in

Summum Pontificem?“ Darauf erwiderte der Neugewählte, daß er so hoher Würde unwert sei; aber, da es Gott gefallen habe, die Stimmen des Heiligen Kollegiums auf ihn zu lenken, beuge er sich seinem Willen, auf seine Hilfe vertrauend. Sodann fragte der Defan: „Quomodo vis vocari?“ Darauf der Papst antwortete: „Pius X.“ Alle Kardinalen knieten vor dem Papst nieder und er segnete sie zum erstenmal. Ein apostolischer Protonotar nahm aber die Annahme der Wahl eine Urkunde auf. Dierauf verlaßte der Papst in der kleinen Sakristei der Sixtinischen Kapelle das Kardinalkleid mit den päpstlichen Gewändern, ließ sich, nach der Kapelle zurückgekehrt, in der auf der Altartafel stehenden Sedia gestatoria nieder und empfing hier die erste Guldigung des Heiligen Kollegiums. Jeder Kardinal kniete vor dem Papste nieder, küßte ihm Fuß und Hand, erhob sich dann und küßte ihm beide Wangen, worauf er vom Papste Umarmung und Friedenskuß empfing. Danach ließ der Papst sämtliche Konklavisten zum Fußstuh zu und begab sich darauf, wie bereits gemeldet, auf die innere Loggia der Peterskirche, um das Volk zu segnen.

Rom, 4. August. Die Ernennung Sartos zum Patriarchen von Venedig hat seiner Zeit zu lange währenden Streitigkeiten über die Frage geführt, ob das Patriarchat Venedig unter dem Patronate des Königs von Italien stehe oder nicht. Sarto hat sich an dem öffentlichen Leben Venedigs und der ganzen Provinz rege beteiligt. Unter seinen Auspizien bildete sich dort eine Liga, welche in der gemäßigten Partei in Stadt und Provinz und in der kirchlichen Partei Anhänger gewann. Diese Liga gewann schließlich die Oberhand und den maßgebenden Einfluß im Stadtrat und Provinzialrat. Die Liga war auch im letzten Jahre siegreich und ihre Anhänger bereiteten Sarto bei seiner Abreise vor dem Patriarchat eine Guldigung und ebenso unmittelbar vor der Abfahrt nach Rom.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. August.

Die Regierung und das Wahlrecht.

Als wir am letzten Sonnabend die Zeitungen konservativer und nationalliberaler Fabrikanten, Kommerzienräte und Abgeordneten gegen das gleiche Wahlrecht der Deutschnation belam gaben, betonten wir die Pflicht des Reichskanzlers, zu derjenigen Aeußerung des Giesebrecht'schen Circulars sich auszusprechen, in der den verbündeten Regierungen Anregung, Aufmunterung und Anerkennung des wahrheitsfeindlichen Unternehmens nachgesagt wurden. Der Verfasser des Circulars sprach von der Forderung der Diäten durch die Mehrheit des Reichstages und sagte in diesem Zusammenhang:

„Ich bin von kompetenter Seite informiert, daß die verbündeten Regierungen den willkommenen Anlaß (nämlich den Diätenantrag) zu der unabweislichen Revision des Reichstags-Wahlrechts nützen wollen, daß es dazu der Vorbereitung der öffentlichen Meinung bedarf und somit die schleunige Aufnahme der allgemeinen Propaganda geboten erscheint.“

Die Presse des Reichskanzlers hat bisher zu der Zumutung derartiger Absichten geschwiegen. Mag aber die Regierung die Person des Dr. Giesebrecht, des Verfassers des Circulars, noch so unbedachtlich einschätzen, was wir verstehen, so ist seine Behauptung doch so schwerwiegend, daß die Regierung zu einer Auslösung durch Haus verpflichtet ist, wenn sie nicht will, daß mindestens die Vermutung bleibt, das Circular habe die Wünsche leitender Regierungsstellen wahrheitsgemäß wiedergegeben.

Eine klare Aussprache der Regierung ist auch deshalb nötig, weil gerade auf Grund jener Behauptung eine größere Anzahl wirtschaftlich und politisch nicht unbeträchtlicher Personen verleitet worden sind, ihre Namen und ihr Geld dem Giesebrecht'schen Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Erklärt jetzt die Regierung die Giesebrecht'schen Behauptungen als unwahr, so ist damit den Wählereien gegen das Reichstags-Wahlrecht eine wichtige Stütze entzogen. Erfolgt die Erklärung nicht, so wird sich bei den Hintermännern des Dr. Giesebrecht und andren Wählern gegen das Wahlrecht die Meinung befestigen, daß die verbündeten Regierungen thatsächlich Absichten verfolgen, wie sie ihnen zugeschrieben sind, und daß daher die Unterstützung solcher Unternehmungen den Wünschen der Regierungen entspreche und Erfolge verheißt.

Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt zu dem neuesten Vorstoß gegen das Reichstags-Wahlrecht:

„Die Vorfahrungen zeigen, daß auch die reaktionären Parteien zur Zeit sich scheuen, mit solchen Plänen, wie es der Giesebrecht'sche ist, identifiziert zu werden. Das ist freilich keine Erkenntnis zum Bessern, sondern lediglich die Einsicht, daß augenblicklich ein praktischer Erfolg damit doch nicht zu erreichen ist. Immerhin bleibt die Thatsache bestehen, daß auch bestimmte parlamentarische Kreise sich für die Agitation zur Einführung des Universalstimmens-Wahlrechts, also die Durchbrechung der Wahlgleichheit, eingesetzt haben, und das wird man sich zu merken haben. Im übrigen ist es ja bekannt, daß die Scharfmacher-Parteien nur auf die Gelegenheit warten, dem bestehenden Wahlrecht den Garau zu machen.“

Zur Heiterkeit giebt das Verhalten der „Post“ Anlaß. Dieses Blatt notorischer Feindseligkeiten gegen das Reichstags-Wahlrecht entschlöß sich in der ersten Verwirrung nach unsrer Ausdeutung der Geheimpläne seiner Freunde dazu, der Angelegenheit scheinbar kühl aus dem Wege zu gehen; sie habe, so meint die „Post“, die Wahlrechtsfrage früher erörtert, unter den jetzigen Verhältnissen sei an eine Aenderung nicht zu denken. Schnell aber wandelt die „Post“ ihre Meinung und sie kam zu der Erkenntnis, daß unsre Enthüllung doch nicht den geplanten Feldzug gegen das Reichstags-Wahlrecht hindern dürfe. Sie beginnt also, gemäß den Vorschriften des Giesebrecht'schen Circulars, den Iobden noch als vorläufig unnötig und aussichtslos bezeichneten Kampf thatsächlich aufzunehmen. Am Montag leistete sie das erste Quantum: „Bedroht das jetzige Reichstags-Wahlrecht den Bestand des Reiches?“ heute setzt sie das edle Beginnen fort: „Das hofft die Socialdemokratie vom Reichswahlrecht?“ Die „Post“ entdeat dabei eine Socialdemokratie, die lernen zu lernen und ebenso neu wie vergnüglich ist; sie erzählt, ganz im Geiste der Giesebrecht'schen:

„Wenn als das wichtigste Ergebnis der letzten Reichstagswahlen die starke Verneuerung der socialdemokratischen Mandate und namentlich die starke Zunahme der socialdemokratischen Stimmen bis auf über drei Millionen anzusehen ist, und wenn ferner es keinem Zweifel unterliegt, daß die weit überwiegende Zahl dieser Stimmen von solchen Wählern herrührt, welche sich weder durch größere Bildung, noch durch Erfahrung oder sonstige Verdienste, oder durch Besitz aus der großen Masse hervorheben, so erhellt, daß für die Beurteilung der Frage, ob aus dem Reichswahlrecht eine Gefahr für den Bestand unsres nationalen Gemeinwesens und der Hohenzollern-Monarchie erwachsen kann, in erster Linie das Wesen der Socialdemokratie selbst von entscheidender Bedeutung ist. Diese Partei bekennt sich nicht nur selbst zu internationaler und revolutionärer Gesinnung, sie hat auch ihre Gegnerschaft gegen das Deutsche Reich durch die intensive Parteinahme gegen Deutschland, wo immer es mit auswärtigen Staaten in Widerstreit geriet, sowie durch die leidenschaftliche Bekämpfung aller Maßnahmen zur Stärkung unsrer Macht zu See und Lande bezeugt. Unmittelbar vor den letzten Wahlen hat endlich das socialdemokratische Parteiblatt, dessen enger Zusammenhang mit der Parteileitung außer allem Zweifel steht, offen verkündet, daß die Socialdemokratie das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zur Vernichtung des Deutschen Reiches und zur Aufrichtung des socialdemokratischen Staates auf seinen Trümmern zu benutzen gedente.“

Die „Post“ entdeat weiter, daß die Socialdemokratie an nichts eifriger denke, als an die — Veseitigung der Hohenzollernmonarchie! Die „Post“ kündigt an, daß sie in den nächsten Nummern diese interessanten Entdeckungen fortsetzen wolle. Der Dr. Giesebrecht darf sich getrosten, daß ein Blatt ebenso in offener Treue wie in kongenialer Weisheitsgröße zu ihm steht. Die treue Gesinnung der „Post“ ist darum nicht weniger erfreulich, als Dr. Giesebrecht ihr alter Mitarbeiter ist.

Terrorismus.

In der bürgerlichen Presse hat man ein gewaltiges Geschrei erhoben, weil in dem jetzt beendeten Bauarbeiterstreik in Hannover die Streikenden den Boykott über solche Geschäftsleute beschlossen hatten, die an Streikbrecher lieferten. Daß das ein verwerflicher Terrorismus sei, konnte man von allen Seiten in den höchsten Tönen vernehmen. Der geschäftliche Boykott ist gewiß kein schönes Mittel, besonders in diesem Zusammenhange; schließlich ist der ganze wirtschaftliche Kampf vom Standpunkt einer gewissen Ethik eine unbehagliche Sache. Wir empfinden das in Stunden beschaulicher Betrachtung stark genug; erstreben wir ja doch auch einen Zustand, in dem die wirtschaftlichen Kämpfe aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft ausgeschaltet sein werden. Aber man muß solche Erscheinungen aus sich heraus begreifen. Wo die Arbeiter um ihre Existenz kämpfen, um Brot für sich und ihre Kinder einen Kampf führen, in dem sie auf nichts als die passive Waffe der Verweigerung der Arbeit und der Verweigerung ihrer Rundschaft angewiesen sind, während ihnen ein kapitalistisches Unternehmertum mit sehr aktiven Waffen, unterstützt von der öffentlichen Gewalt, gegenübersteht, da gewinnt auch der Boykott ein andres Gesicht. Wer da über Terrorismus schreit, der soll doch bedenken, wer die Arbeiter den Terrorismus gelehrt hat. Werden die Arbeiter doch aller Orten noch heute in zahlreichen Fällen in ihrer Existenz bedroht für die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, für Ausübung des Koalitionsrechtes, für Ausübung des Wahlrechtes, für Ausübung des Versammlungsrechtes. „Weß Brot ich eh, deß Lied ich sing“, dies Rezept gilt noch heute bei Tausenden von Unternehmern als die einzige Moral, der die Arbeiter zu folgen hätten und wo es nicht mehr gilt, dort haben die Arbeiter die Anerkennung ihrer Freiheit, außerhalb der Arbeitsstätte und des Arbeitsverhältnisses zu thun und zu lassen, was ihnen gefällt, erst in schweren Kämpfen erringen müssen. Wir nennen als Beispiele aus der jüngsten Zeit, die sich beliebig vermehren lassen, nur das Vorgehen des Norddeutschen Lloyd gegen die Gewerkschaftsorganisation, das Auftreten des preussischen Eisenbahnministers gegen die Zugehörigkeit der Eisenbahnarbeiter zur Gewerkschaftsorganisation, das Verbot des Verfalls socialdemokratischer Versammlungen gegenüber den festsitzlichen Vergarbeitern des Saarreviers, die massenhaften Boykottierungen der Gastwirte, die ihre Lokale zu socialdemokratischen Versammlungen hergeben usw. usw. Das ist eine treffliche Schule des Terrorismus, der sich auch die Arbeiter nicht entziehen können. An diesem Terrorismus haben die Blätter, die jetzt eben wieder über Arbeiterterrorismus schreiben, noch niemals etwas auszuweisen gehabt.

Auch die „Kölnische Volkszeitung“ hat wieder mitgeteilt in dem Chor der Moralischen und auf eine Volentz unfres händoverischen Pacteiblattes behauptet sie, den Boykott immer zu mißbilligen, von welcher Seite er auch geübt werde. Wir empfehlen der „Köln. Volkszeitung“, sich dieserhalb mit ihrer Verwandten, der „Germania“ auseinanderzusetzen, die es als eine Schwäche des katholischen Volkes bezeichnet, daß es bei Juden laufe, also indirekt den Boykott jüdischer Geschäftsleute empfiehlt; recht ungerechterweise — machen sich doch jüdische Händler an christlichen Wallfahrtsorten äußerst verdient um die christliche Religion durch den Verkauf von Heiligenbildern und sonstigen katholischen Glaubensbedürfnissen.

Ein andres Beispiel von Terrorismus auf agrarischer Seite kommt uns eben in die Hände. Im „Schwäbischen Landmann“ werden die Bauern aufgefordert, nur bei solchen Wirten, Kaufleuten und Handwerklern zu verkehren, die sich frei und offen auf die Seite der Bauernbändler stellen. Die demokratischen Geschäftsleute sollen sich ihre Rundschaft bei den Socialdemokraten suchen.

Wer sich über Terrorismus der Arbeiter entsetzt, der möge erst dafür sorgen, daß der Terrorismus auf der andern Seite und besonders der Terrorismus gegen die Arbeiter aufhört, sonst muß er sich gefallen lassen, daß er als Heuchler gekennzeichnet ist.

Was Du nicht willst, das man Dir thu' Das thig' auch keinem andern zu.

Das ist ja wohl christliche Moral.

Deutsches Reich.

„Aus der Provinz“

verschreibt sich die „Kreuz-Zeitung“ Weisheit über die Socialdemokratie und die Zukunft des Deutschen Reiches in der Theorie und in der Wirklichkeit. Die Weisheit ist auch danach und die besondere Kennzeichnung „Aus der Provinz“ bedeutet wohl, daß die „Kreuz-Zeitung“ selbst dieses Gemisch von Ramegeiererei und Schimpferei nicht als politisch beträchtlich einschätzt. Der konservative Provinzler zeigt seine Erkenntnis politischer und socialer Bewegungen also:

Wir stehen seit Jahren in der Provinz im Wahlkampf mit der Socialdemokratie. Wir kennen sie nicht aus Abhandlungen von Staatsrechtslehrern oder Wirtschaftspolitikern, wir kennen sie aus ihren Thaten, aus ihrer zerstückelten Wählerarbeit an dem Marke unfres Volkes, in der rücksichtslosen Thronerei über unsre Arbeiter, in der Verhöhnung der unteren Klassen unfres Volkes gegen den Arbeitgeber, aus ihrer schamlosen Lügenarbeit, mit der sie der Masse unfres Volkes jede Achtung vor der Religion, vor den Besetzen und der Obrigkeit, jede Liebe zur gewissenhaften Arbeit aus dem Herzen zu reißen sucht.

Eine solche Partei ist eine Partei der Revolution. Will sie zum Siege durchdringen, dann müssen die Hohenzollern vom Throne heruntergejagt und unsrer eben neuerstandenes Deutsches Reich zu Grunde gehen.

Alle Rechte, die man den unteren Klassen gegeben hat, vor allem das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, das dem urteillosen Deutschen (denk der Provinz-Konservative herbei an sich und seines Gleichen?) das selbe Urtheil wie dem stillos und geistig Höchststehenden gewährt, die Kranken- und Altersklassen und wie alle die andern zum Schutze unsrer bedürftigen Klassen erwiesenen Wohlthaten der Gesegebung heißen, hat die Socialdemokratie für ihre agitatorischen Ziele verwertet. Man hat die Steuern der unbedürftlichsten Klassen von deren Schultern auf die der Reichen gelegt (Getreidezölle, Salzsteuer, Jüdersteuer usw. Red.); die Agitatoren der Socialdemokratie erheben sie doppelt.

Die socialdemokratische Presse beschäftigt sich nur mit der Aufkündigung des Volkes, nicht mit der Fürsorge für dasselbe.

Endlich unsre Armee und Flotte. Das Ausland rechnet bereits für einen zukünftigen Krieg mit der Schwächung unsrer Wehrkraft. Man lese die dickbändigen Werke des Friedensapostels Woch oder die Urtheile der Presse des Auslandes und seiner Militärlitteratur. Ruft einstmals der Kriegsherr sein Heer zum Schutze unsrer Grenzen, so werden die Wehrpflichtigen dank der von dem deshalb auch von der Socialdemokratie so heftig beförderten Offiziercorps in dem Heere und in der Flotte gehandhabten Disciplin zu den Waffen kommen — wir hoffen es — und nicht, wie die Socialdemokratie es will, verweigern, gegen die Genossen in Frankreich oder wo es sei“ zu stehen. Aber ob in vielen Herzen nicht die heilige Begeisterung für Vaterland und Kaiser, das Vertrauen auf Gott durch die Wählerarbeit verdrängt ist, ohne welche Thaten, wie unsre Väter sie sahen, unmöglich sind, das sei dahingestellt!

Nicht die drei Millionen Stimmen sind es, die uns besorgt machen, nicht der Zufall, daß statt 200 nur 82 Socialdemokraten in den Reichstag entziehen, ist es, der uns beunruhigt. Nicht das Schicksal der Abstimmungen zu Gunsten der Regierungsvorlagen ist es, das wir im Auge haben. Rein der Umstand, daß die Socialdemokratie systematisch und ungeführt die Seele unfres Volkes vergiftet, das Fundament unfres Staates unterwühlt, ist

den wir als Kardinalpunkt für die Beurteilung unserer politischen Lage ins Auge fassen. Und aus diesem Grunde glauben wir, daß nur der Zusammenschluß aller vaterlands- und volksliebenden Elemente zum Kampfe gegen die Socialdemokratie und zur Aufklärung unseres Volkes, um es vom Vorne derselben zu befreien, die Parole des Tages sein kann, nicht aber die Frage, ob durch die Berufung des Agitators Singer auf den Präsidentenstuhl die Socialdemokratie die Waffen des Kampfes niederlegen wird!

Man begreift, daß bei solcher Wissenstiefe der Provinzkonserativen die konservative Partei überall da, wo die Bevölkerung besonnen hat zu denken, verloren ist. Es ist nebenbei bemerkt, daß ein Kämpfer für die gute konservative Sache nicht einmal die Zahl der socialdemokratischen Mandate richtig wiedergibt, und daß er, der sich rühmt, „Abhandlungen von Staatsrechtslehrern und Wirtschaftspolitikern“ nicht eingesehen zu haben, dann wieder die dazubehörenden Werke Blochs zu kennen vorgibt, wobei er nicht einmal gemerkt hat, daß der Verfasser des umfangreichen Werkes über den Krieg nicht etwa Socialdemokrat ist, sondern seine Schriften den Herrschern empfohlen hat gerade als Mittel gegen die Socialdemokratie. Das Kennzeichnende des Artikels ist die wahrhaft naive Kindlichkeit, in der dieser konservative Mann die politischen Fragen behandelt. Mit politischen Kindern kann man aber nicht diskutieren und wenn diese Kinder wie die Gassenbuben schimpfen auf das, was sie nicht verstehen, so genügt es eben, vor den Urteilsfähigen festzustellen, daß die konservative Partei sich nicht schämt, die tiefste Unwissenheit und die Schimpfhaftigkeit der Gasse in ihre Dienste zu nehmen. Freilich nur — „aus der Provinz“. Die Berliner Redaktion hat die Abhandlungen der Staatsrechtslehrer und Wirtschaftspolitiker mit Eifer und heiligem Eifer studiert.

Die Finanzlage des Reiches. Für das erste Quartal des laufenden Finanzjahres liegt jetzt der Ausweis über die Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern vor. Sie haben insgesamt die Summe von 194,7 Millionen Mark ergeben oder 17,3 Millionen Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die hauptsächlichsten Mehrerträge entfallen auf die Zölle und auf die Zuckersteuer, jene belaufen sich auf nahezu 9, diese auf 10,5 Millionen Mark. Auch die Branntwein-Verbrauchsabgabe hat ein Mehr und zwar von 2,3 Millionen Mark erbracht. Die Schaumweinsteuer, die im ersten Viertel des vorigen Finanzjahres noch nicht bestand, ist mit ihrem vollen Ertrage von 0,9 Millionen Mark auf die Mehrertragsseite einzustellen. Demgemäß würde das Mehr bei den Zöllen und sämtlichen Verbrauchssteuern ein noch größeres geworden sein, wenn nicht die Maßschottelsteuer mit einem Weniger von 6,6 Millionen einen beträchtlichen Teil davon aufgezehrt haben würde. Ganz anders bietet sich allerdings das Bild dar, wenn man, was ja für die Beurteilung der finanziellen Bedeutung der Einnahmen allein in Betracht kommen kann, diese mit den Staatsausgaben vergleicht. Nimmt man die Voreinsparungen, die ja nur einen durchlaufenden Posten darstellt, aus, so sind Zölle und Verbrauchssteuern im Etat für 1903 zu einem Viertel auf 198,6 Millionen Mark eingeschätzt. Die Wirklichkeit hat nur 194,1 Millionen Mark ergeben, es bleibt also ein Weniger von 4,5 Millionen Mark. Demgegenüber nämlich die Zölle auch gegenüber dem ersten Vierteljahr 1902 ein beträchtliches Mehr eingebracht haben, so bleiben sie doch hinter dem Staatsausgabe mit 6,8 Millionen Mark zurück, die Tabaksteuer mit 0,8, die Maßschottelsteuer mit 5,4, die Schaumweinsteuer mit 0,2 Millionen Mark. Ihnen stehen Mehrerträge bei der Zuckersteuer mit 4,7 und bei der Branntwein-Verbrauchsabgabe mit 4,0 Millionen Mark gegenüber. Man wird deshalb von einer günstigen Entwicklung der hauptsächlichsten Reichseinnahmen noch immer nicht sprechen dürfen. Noch schlechter stellt sich die wirkliche Einnahme gegenüber dem Staatsausgabe bei den Einzelstaaten vor. Die Reichs-Steuer- und Zölleabgaben sind ein Viertel ihres Staatsausgabes belaufen sich auf 19,6 Millionen Mark, hauptsächlich sind von ihnen 12,7 Millionen Mark oder nahezu 7 Millionen Mark weniger eingekommen. Auf die Körperschaftsteuer entfallen davon 1 1/2 Millionen Mark, der Rest auf die Zöllesteuer. Auch die Einnahme bei der Post- und Telegraphenverwaltung entspricht einem Viertel der eingelegten Staatssumme nicht, sie bleibt mit 4 1/2 Millionen Mark hinter ihr zurück. Nur bei der Eisenbahnverwaltung hat die Wirklichkeit den Ansatz um nahezu 1 Million Mark überholt. Also auch bei diesen Einnahmequellen wird man insgesamt von einer günstigen Entwicklung nicht sprechen können.

Die Todeskämpfe der national-socialen Partei.

In Elberfeld verhandelten am Sonntag die Vertreter der National-socialen vom Niederrhein und Westfalen über die Anträge ihres Hauptvorstandes auf Anschluß an die Freisinnige Vereinigung. Im Auftrage des Gesamtvorstandes sprach der Oberlehrer Dr. Guttmann zu Gunsten des Uebertritts. Er begründete den Antrag des Vorstandes nach einem der „Vossischen Zeitung“ zugegangenen Bericht mit den schon bekannt gewordenen Gründen. Hervorzuheben wäre, daß er die Ansicht vertrat, es könne nicht die Rede sein von einem glatten schlichten Uebertritt zur Freisinnigen Vereinigung. Da der Versuch zur Parteibildung aus Arbeiterkreisen gescheitert sei, wolle man den Versuch machen, in bürgerlichen Kreisen für die Ideen Raumanns zu arbeiten. Die National-socialen würden auch nach dem Uebertritt zu den Freisinnigen ihren alten Grundsätzen treu bleiben und sie wollen es dadurch dem Farrer-Raumann ermöglichen, seiner großen Mission, der Führer des Volkes (das nicht da ist H. d. N.) zu sein, weiter nachzukommen.

Es entwickelte sich eine ziemlich lebhaft Auseinandersetzung unter den Vertretern, die ein treffliches Bild der seltsamen Partei gab. Einige Redner verlangten Anschluß an die national-liberalen Jugendvereine, ein anderer Redner verlangte, daß die Parteimitglieder vom Niederrhein und Westfalen zusammenbleiben, daß sie aber zugleich in allen andern Parteien thätig sein dürften. Am Ende wurde jedoch eine Resolution angenommen, daß man den Antrag des Vorstandes billige.

Herr Guttmann machte übrigens in seinem Vortrage noch die Mitteilung, daß ihm der Sekretär der Partei, Max Maurenbrecher, erklärt habe, er werde zur Socialdemokratie über-treten.

Das Wiederannahmeverfahren in der Veseidigungssache gegen Genossen Däumig in Halle gründete sich darauf, daß nach späteren Erhebungen der Arbeiter-Vilking mit der ihm übergebenen Summe doch unkorrekt verfahren war. Er hatte die 80 M. Betragende Summe an einem Abend verbüßelt und sie dann durch Abhebung von einem Sparkastenbuche seines Vaters gedeckt. In der ersten Verhandlung war, da Däumig die Kenntnis des Gewährungsmannes verweigert hatte, ohne Zeugenbernehmung verhandelt worden. Jetzt mußte Vilking zugeben, daß es sich so verhält, wie ihm vom Verteidiger Däumigs vorgehalten wurde. Der Staatsanwalt gab zu, daß Vilking's Verhalten „nicht ganz loscher“ war; Veseidigung liege aber vor, da B. das Geld gedeckt, also nicht unterschlagen habe. Diese Ansicht ist im Munde eines Sachjuristen mindestens seltsam. Objektiv liegt ganz zweifellos eine Unterschlagung vor; ob dem Vilking, wenn er wegen der Sache als Angeklagter vor Gericht gekommen wäre, der Mangel des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit zugebilligt worden wäre, ist äußerst zweifelhaft bei dem Umstande, daß er den Defekt nicht aus eignen Mitteln, sondern aus Mitteln seines Vaters, die in Sparkastenbüchern angelegt waren, gedeckt hat. Handelt es sich doch um eine That, bei der schon der Versuch strafbar ist. Es muß deshalb die Verurteilung Däumigs zu 300 M. Geldstrafe, die unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jader erfolgte, als ganz ungerechtfertigt bezeichnet werden.

Ein Jahr Gefängnis wegen Veseidigung.

In Oldenburg wurde am Sonnabend, wie die „Bester-Zeitung“ berichtet, der Redakteur des dort erscheinenden „Residenzboten“, Viermann, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Der Verurteilte hatte in seinem Blatte, einem satirischen Lokalblatt ohne bestimmte politische Tendenz, drei Artikel gegen den jetzigen oldenburgischen Justizminister Nüßliat gebracht. Darin

behauptete er, Nüßliat habe seiner Zeit als Oberstaatsanwalt beim Hazardspiel Geldhülfe von einem Gymnasiallehrer angenommen und diesen zum Dank dafür bei seiner Beförderung zum Minister zum Direktor des Wirkensfelder Gymnasiums gemacht. Ferner sollte der Minister indirekt schuld sein an dem Selbstmord eines jungen Juristen — eben aus Infolge des Spiels. Des weiteren war im „Residenzboten“ behauptet worden, Nüßliat habe sich unberechtigterweise als Teilnehmer an der diesjährigen Tonnen- und Valensschau Diäten angerechnet.

Das sind allerdings sehr schwere Vorwürfe gegen einen Minister und Oberstaatsanwalt, die ihn unmöglich machen müßten, wenn sie wahr wären. Sie würden auch die Strafe verstehen lassen, wenn der Angeklagte sie beweislos erhoben hat. Es ist begreiflich, daß ein in so hoher verantwortlicher Stellung befindlicher Beamter solche Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen kann und wenn er zu ihrer Entkräftung zu dem Mittel der Veseidigung greift, so entspricht das zwar nicht unserem Geschmack, der Herr Justizminister hat das aber wohl für das geeignetste Mittel zur Aufklärung gehalten.

Um so seltsamer berührt dann jedoch das Verfahren des Gerichts, das nach den Mitteilungen der „Bester-Zeitung“ die vom Angeklagten angebotenen Zeugen nicht verhörte, weil sie nach der Meinung des Vorsitzenden nicht geeignet wären, den Angeklagten zu entlasten. Der Angeklagte, der ohne Rechtsanwalt erschienen war, hatte den Vorsitzenden bei Beginn der Verhandlung abgelehnt, doch ließ das Gericht die Ablehnung nicht gelten. Das Verfahren des Gerichts hat zur Folge, daß die vom klagenden Minister gewünschte Aufklärung, der sich erfreulicherweise mit der Veseidigung begnügt hatte, nicht herbeigeführt worden ist und er wird deshalb auf die Verhandlung vor dem Berufungsgericht warten müssen. An der Befragung seines Veseidigers ist dem Justizminister doch sicherlich viel weniger gelegen, wie an der Widerlegung der Behauptungen desselben.

Wegen äußerst brutaler Soldatenmishandlungen, die er vom Oktober vorigen Jahres bis zum Juni dieses Jahres ununterbrochen begangen hatte, stand vor dem Kriegsgericht in Trier ein Unteroffizier der 2. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 69. Der Angeklagte hat fortgesetzt seine Untergebenen geohrfeigt, gestochen und getreten. Einen Soldaten, der im Bette lag, hat er mit der Faust gegen den Kopf geschlagen und mit einem Stiefel mißhandelt. Einen bereits ganz abgematteten Musketier stellte er an den glühenden Ofen und ließ ihn mit zwei aufeinander gestellten Scheiteln Gewehr präsentieren. Das Gericht verurteilte den Kerl zu sechs Monaten Gefängnis und zur Degradation.

Ueber die Ausweisung eines preussischen Staatsangehörigen aus Preußen wird der „Vollzeitung“ aus Schleswig-Holstein berichtet. Danach wurde der 1877 geborene Landmann Hr. Becker in Afferballe mit achtjähriger Frist als angeleglicher Optant ausgewiesen. Der Vater des Becker ist 1875 von den preussischen Behörden als „preussischer Unterthan“ erklärt worden und diese Erklärung ist im vorigen Jahre wiederholt worden. Vater und Sohn haben danach am 16. Juni d. J. als Deutsche an der deutschen Reichstagswahl teilgenommen und jetzt nach der Wahl wird der Sohn, die einzige Stütze seiner alten Eltern, ausgewiesen.

Die Ausweisung kann unter diesen Umständen nicht aufrecht erhalten werden.

Presse und Sternberg-Geld. Herr Dr. Liman, Vorsitzender des Berliner Schriftstellersklubs, erucht, die gestrige aus der „Welt am Montag“ übernommene Mitteilung also zu berichtigen: „1. Der Berliner Schriftstellersklub in der Potsdamerstr. 101 ist weder juristisch noch thatsächlich identisch mit dem aufgelösten Klub, der in der Mauerstraße sein Domizil hatte, noch ist er in irgend einer Hinsicht sein Rechtsnachfolger oder Erbe. 2. Der Berliner Schriftstellersklub hat weder von Herrn Sternberg und seiner Vermögensverwaltung, noch von irgend einem andern Bankier oder Geschäftsmann, sei es in Form von Wechseln oder in anderer Form, ein Darlehen oder ein Geschenk entgegengenommen, er hat weder jemals Schulden gemacht noch hat er heute einen Pfennig Schulden.“

Jedenfalls wird sich die „Welt am Montag“ nochmals zu der Angelegenheit ausdrücken.

Zur Präsidiums-Angelegenheit.

In seinem von uns gestern erwähnten Artikel in der Dresdener „Vollzeitung“ hat Vernstein zur Vertretung seines Standpunktes in der Präsidentenfrage auch gewisse historische Erinnerungen wachgerufen. Diese Hinweise haben jetzt die von Vernstein vielleicht nicht erwartete Wirkung, daß von den bürgerlichen Blättern, die bisher einige Reizung gezeigt hatten, den socialdemokratischen Anspruch auf einen Vizepräsidentenstift anzuerkennen, verschiedene nimmere sich zurückziehen. Am deutlichsten zeigt sich dies in einer Keuschung, die durch einen Teil der Centrumpresse geht. Da ist zu lesen:

„Auch der Abg. Vernstein ist in der Presse auf die Präsidialfrage zurückgekommen, um seinen Standpunkt gegen die Angriffe Belbels zu verteidigen. In der Dresdener „Vollzeitung“ giebt er zunächst einige geschichtliche Erinnerungen. Der Ceremonienmeister Ludwig XVI. habe den Führer der Sansculottes vorlassen müssen, trotzdem dieser, dem höchsten Brauch zuwider, mit Händern auf den Schuhen und in rundem Hut erschienen sei. Der Besuch Napoléon im Schlosse Ludwig habe nicht bedeutet, daß die Revolution sich vor dem König, sondern daß dieser sich vor der Revolution verbeugte. Vernstein fühlt sich veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß ihm bei seinen Ausführungen in den „Socialistischen Monatsheften“ diese Parallele vorgefallen habe, denn, wenn wir in Deutschland auch keine Revolution hätten, so stiehe doch auf jeden Fall die letzte Reichstagswahl an demonstrierender Wucht der Wahl zur gesetzgebenden Versammlung 1792 wenig nach. Der Abg. Vernstein beleuchtet hiermit seine Forderung von einer ganz andern Seite, als er es bisher gethan hat. Bisher hat Vernstein die Audienz beim Kaiser als eine Pflicht für die Socialdemokratie bezeichnet, der sie sich, wenn anders sie in das Präsidium eintreten wolle, nicht entziehen könne, jetzt legt er ihr den Charakter einer Demonstration gegen den deutschen Kaiser bei. Wir halten das vom socialdemokratischen taktischen Standpunkt aus für sehr ungeschickt, denn wenn die Socialdemokratie in der Teilnahme an der Kaiseraudienz eine „Verbeugung“ des deutschen Kaisers vor der Socialdemokratie erblickt wissen will, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Mehrheitsparteien im Reichstag nicht gefonnen sein werden, der Socialdemokratie durch die Einräumung einer Stelle im Präsidium die Hand dazu zu bieten. Die Socialdemokratie hat dadurch unfre Erachtens ihre Position in der Präsidialfrage wesentlich verschlechtert. Wenn die Socialdemokratie offen erklärt, daß es sich um eine Verbeugung des Kaisers vor der Socialdemokratie handle, so braucht sie sich nicht zu wundern, wenn die Frage, welche in der „Kreuzzeitung“ aufgeworfen wird, ob der Kaiser überhaupt bereit sein werde, ein Präsidium zu empfangen, in welchem ein Socialdemokrat vorhanden sei, an maßgebender Stelle praktische Bedeutung erhält. Die bürgerlichen Mitglieder des Präsidiums dürften wohl nicht die Lust verspüren, an einer Aktion der Socialdemokratie gegen den Kaiser teilzunehmen, wie auch auf der andern Seite die Mehrheitsparteien nicht die Reizung empfinden werden, ihren Präsidenten zur Befriedigung der socialdemokratischen Demonstration gegenüber dem Kaiser der Gefahr einer Ablehnung der Audienz auszuweichen. Der „Vorwärts“ mag nicht mehr mit der Vermutung kommen, daß die bürgerlichen Parteien nach einem Grunde suchten, den Socialdemokraten den Eintritt in das Präsidium zu verwehren. Der Abg. Vernstein hat ihnen unfre Erachtens einen Grund an die Hand gegeben, der selbst in den Fraktionen, wo bisher die Reizung bestand, der Socialdemokratie einen Platz im Präsidium zuzugestehen, nicht ohne Folgen sein kann.“

Wehnliche Ausführungen finden sich in der „Täglichen Rundschau“ und in der „National-Zeitung“.

Unrichtig ist es, wenn die Blätter in diesen Darlegungen von „der Socialdemokratie“ sprechen. Die große Mehrheit der socialdemokratischen Parteipresse hat sich gegen die Auffassung Vernsteins in dieser Angelegenheit erklärt. Unfre Partei legt auch keineswegs ein so erhebliches Gewicht auf die Form der Staatsverfassung, daß sie, wie die bürgerliche Presse auf Grund ihrer Auslegung der Vernsteinschen Äußerungen annimmt, eine „Verbeugung des Kaisers vor der Socialdemokratie“ wünschen müßte.

Husland.

Oestreich-Ungarn.

Der ungarische Veseidigungsstand. Ministerpräsident Khuen-Ederwary hat seinen Entschluß wiederum geändert und hat sich nun doch bequemt, am Montagabend vor der parlamentarischen Untersuchungs-Kommission zu erscheinen. Er sagte aus, der gewesene Gouverneur von Fiume Graf Szapary habe ihm wiederholt von verschiedenen Plänen erzählt, aber nur in Allgemeinheiten, wie es gemacht werden könne, daß die Oestreich-Ungarn die phantastischen Ideen Szaparys über politische Dinge keine Wichtigkeit beigemessen und habe von der Veseidigungs-Angelegenheit nur im Abgeordneten-hause und durch die Presse Kenntnis erhalten. Was die Pläne Szaparys bezüglich der Socialisten angehe, so habe er dem Grafen gesagt, er möge thun, was er wolle, aber er, der Ministerpräsident, könne sich nicht einmengen. Als ihm Graf Szapary über seine Beratungen mit Socialistenführern berichtete, habe er ihm erklärt, er wolle sich mit den Wünschen aller Staatsbürger beschäftigen; wenn die Socialisten Bekümmertes haben, so möchten sie dieselben in einer Denkschrift zusammenfassen und der Regierung unterbreiten. Khuen erklärt jedoch auf das bestimmte, er sei weder mit Dienern noch mit Singer oder andern in der Veseidigungs-sache genannten Personen in Bekümmert gewesen, habe von ihnen weder gehört, noch mit ihnen gesprochen. Was die Vorwürfe über seine angeblichen Gewaltmaßnahmen in Kroatien anlangt, so habe er während seiner zwanzigjährigen Thätigkeit in Kroatien und auch während seiner bisherigen kurzen Ministerpräsidentenschaft streng und unentwegt auf der Basis der Gesetze gestanden. Dürfte er in Kroatien Unge-schicklichkeiten begangen, so würden seine kroatianischen Gegner dieselben jetzt sicherlich in Ungarn als Veseidigung angebracht haben. Die an-welenden liberalen Abgeordneten brachten auf den Ministerpräsidenten, als dieser den Saal verließ, Klammern aus.

Aufhebung des Zucker-Kontingentergesetzes. Die die „Wiener Abendpost“ meldet, wird morgen im „Reichs-Gesetzblatt“ eine kaiserliche Verordnung erscheinen, mit welcher das Zucker-Kontingentergesetz aufgehoben wird. Das Blatt fügt hinzu: „Da die Regierung keinen Augenblick im Zweifel darüber sein konnte, daß die Brüsseler Konferenz keine andre Haltung als die Kommission einnehmen werde, welche das Zucker-Kontingentergesetz als gegen die Konvention verstoßend erklärte, mußte sie, zu unbedingter Vertragstreue entschlossen, alles ins Werk setzen, was die Zugewandtheit der diesseitigen Reichshälfte zur Brüsseler Konvention gebot, da sonst der für unsere Industrie höchst peinliche Zustand der Unsicherheit nur verlängert werden würde. Die Oestreichische Zucker-industrie trat angesichts der vom Londoner Zuckerhandel verhängten Kenderung der dortigen Mancen, die unfre Zuckerexport nach London geradezu zu unterbinden drohte, an die Regierung mit der Bitte heran, mit aller Beschleunigung jene Hindernisse zu beseitigen, welche der Marktfähigkeit unfres Zuckers auf dem Londoner Markt derzeit entgegenstehen. Dieser Schritt, aus welchem hervorgeht, daß die inländische Zuckerindustrie den Entschluß der Regierung unter allen Umständen in der Konvention zu verbleiben, vollständig teilt, bekräftigt die Regierung in der Notwendigkeit des Erlasses einer Notverordnung, zumal ungarischer Zucker durch das Verbot des Londoner Handels nicht getroffen wurde, da das ungarische Kontingentergesetz überhaupt nicht zustande kam, und der Fortbestand des Oestreichischen Kontingentergesetzes zu der gewiß sonderbaren Konsequenz hätte führen müssen, daß am Londoner Markt zwar ungarischer, aber nicht Oestreichischer Zucker andienungsfähig wäre.“

Frankreich.

Die Dolet-Rundgebung. Paris, 3. August. (Fig. Ver.) Die alljährliche Rundgebung zu Ehren des 1548 auf dem Raubert-Platz verbrannten „Ketzers“ Etienne Dolet ist diesmal imposanter denn je verlaufen, dank den organisatorischen Vorbereitungen der vereinigten antikerikalen Gruppen radikaler und socialistischer Parteirichtungen. Auch Ministerpräsident Cambes hat seiner Zeit zum Erfolg der Rundgebung beigetragen. Zum erstenmal wurde die Polizei des Herrn Lepine angewiesen, die auf der Straße manifestierenden antikerikalen Regierungsfreunde nicht als gemein-geschäftliche Umstürzler zu mißhandeln. Alles verlief daher fast ohne Zwischenfall, trotz des geradezu ungeheuerlichen Aufgebotes von Polizei und Militär, einschließlich zwei Schwadronen Kürassiere.

Am Umzug beteiligten sich 20 bis 30 Tausend Personen und fast ebenso groß war die Zahl des Spalier bildenden Publikums gewesen sein, das bis auf wenige einzelne national-socialistische Gegen-manifestanten mit den Umzählern sympathisierte. Die vorwiegend socialistischen Elemente des Umzuges bewegten sich unter dem Ab-singen der „Internationale“ und der „Carmagnole“. Die Wieder-rufe gegen den Merkmalismus beherrschten das Ganze. Der Vorbei-marsch am Dolet-Denkmal dauerte etwa zwei Stunden. Reden durften, wie immer, nicht gehalten werden.

Unmittelbar nach der Rundgebung wurden vier Versammlungen abgehalten, in denen u. a. socialistische und radikale Abgeordnete sprachen. In einer derselben kam es zu einem heftigen Hand-gemenge, das vom bekannten anarchistischen Nabaumacher Libertad provoziert wurde.

Strafentwulste in Orient (Departement Morbihan). Nach Meldungen aus Orient fanden dort gestern Strafenkämpfe zwischen den Streifenden und dem Militär statt. Verschiedene Auswändige aus der Umgegend von Hennebont sollten vom Gericht wegen Auf-störungen abgeurteilt werden; bereits bei Beginn der Verhandlung wurden von den im Gerichtssaal anwesenden Angehörigen der An-geklagten Demonstrationen veranstaltet, so daß der Saal geräumt werden mußte. Als die draußen stehende Menge von dem harten Urteil, durch welches die Angeklagten zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurden, Kenntnis erhielt, nahm sie eine drohende Haltung an, sie verdrängte das Gerichtsgelände zu stürmen und schließlich mußten sich Richter und Gendarmen verbarricadieren, da die De-monstranten durch weitere Auswändige Verstärkung erhielten. Es begann eine förmliche Belagerung; zweimal stürmte die Menge das Gebäude und verfrüchte die Thore einzurennen. Sämtliche Fenster wurden eingeworfen. Dem Procurator, welcher ebenfalls im Gerichts-gelände anwesend war, gelang es schließlich, durch Vermittelung eines jungen Mannes, welcher durch ein Fenster sprang und un-behellig entkam, an den Präsekte ein Telegramm zu senden. Um 8 Uhr abends waren die Richter immer noch eingeschlossen. Auf der Straße setzten sich die Tumulte der Menge fort und man hörte ununterbrochene Todesrufe gegen Polizei und Gendarmen. Gegen 9 Uhr trafen endlich 2 Compagnien Infanterie ein, aber auch diese waren nicht im Stande, die nach Tausenden zählenden Demonstranten zu zerstreuen. Erst nachdem um 1/2 10 Uhr mehrere Abteilungen reitender Artillerie mit Geschützen eingetroffen waren, gelang es gegen 10 Uhr, die Richter aus ihrer schlimmen Lage zu befreien und die Demonstranten zu zerstreuen.

Dänemark.

Eine neue Steuer. Mit dem 1. August ist die vom letzten Reichstag auf Antrag der liberalen Regierung beschlossene Er-höhung der Eisenbahn-Fahrpreise in Kraft getreten, die dem Staat über 2 Millionen Kronen Mehreinnahme verschaffen soll. Ein Villet 3. Klasse von Kopenhagen nach Odense kostet jetzt 3,50 statt 3,25 Kronen, nach Frederiks-havn 7,00 statt 6,00 Kronen. Für die beiden andern Wagen-klassen ist die Erhöhung um ein Geringes größer. Dazu kommt, daß man jetzt für Eljüge ein 2. Klassebillet für 50 Dore lösen muß. Für kurze Reisen ist die U.-ungung im allgemeinen gering.

fo daß der Landmann, der häufig von seinem Wohnort in die nächste Kaufstadt fährt, weniger darunter zu leiden hat. Am schwersten werden diejenigen Leute betroffen, die genötigt sind, auf sämtliche Linien der Staatsbahn zu abonnieren; für sie beträgt die Steigerung 60—115 Prozent. Eine derartige Abonnementskarte dritter Klasse kostet für einen Monat jetzt 50 statt 30 Kronen, für ein Jahr 400 statt 180 Kronen. Auch Touristen und Ferienreisende werden von der Tarifreform der liberalen Regierung nicht sehr erbaut sein. Eine 14 Tages-Karte für sämtliche Staatsbahnen, die früher für die 3., 2. und 1. Klasse 20, 32 und 52 Kronen kostete, kostet jetzt 30, 50 und 80 Kronen. Außerdem sind die Preise der Monats- und Jahreskarten für den Verkehr zwischen der Hauptstadt und ihren Vororten um etwa 32 Prozent erhöht worden, was namentlich von den dort wohnenden Arbeitern, die zu einem großen Teil in Kopenhagen beschäftigt sind, schwer empfunden werden wird.

Afrika.

Diamanten in Transvaal. London, den 2. August. Aus Süd-Afrika treffen Nachrichten ein über Entdeckungen von außerordentlich reichen Diamantfeldern, deren Mittelpunkt sich ungefähr 30 Kilometer östlich von Pretoria befindet. Der Diamantentragreichum Transvaals soll dem Kimberley gleichkommen. Wie der tabuläre Abgeordnete Mr. Martham legte Donnerstag im Unterhause erzählt, bilden diese Diamanten-Entdeckungen den ausschließlichen Gesprächsgegenstand in Transvaal, obwohl in England bis jetzt nichts davon bekannt war. Er fragte Lord Milner, den Gouverneur Transvaals, an, daß er die Minengesetze zu Gunsten der Kapitalisten handhabe. Mr. Chamberlain trat dieser Anklage entgegen und erklärte, daß Lord Milner die Interessen des Staates wahre und sechs Zehntel der Profite als Abgaben an den Fiskus erhebe. Die „Times“ vom letzten Freitag veröffentlichte ein Johannesburg-Korrespondenz, die den Diamantentragreichum Transvaals vollaus bestätigt.

Amerika.

Die letzten Lynchmorde in den Vereinigten Staaten von Amerika. New York, 23. Juli. (Fig. Ver.) Die meisten Lynchmorde finden in den Südstaaten statt, wo der „Rassenhass“ seinen traditionellen Boden hat, doch kommt auch hier und da in den übrigen Staaten, in denen die Rassenfrage keine Rolle spielt, die „Bestie im Menschen“ zum Vorschein. Sind doch in den beiden letzten Jahrzehnten Lynchjustizakte in allen Staaten außer in Massachusetts, New Hampshire, Rhode Island und Utah vorgekommen. Die Gesamtzahl derselben war 2616, von denen 2082 auf die Südstaaten entfallen. Von den Opfern waren 1573 Neger, die übrigen Weiße und Chinesen. (Es handelt sich hier nur um die der Bundesregierung gemeldeten Fälle.) Nun hat aber in den letzten Jahren der Prozentfuß der Lynchmorde in den nördlichen und westlichen Staaten erheblich zugenommen, und besonders zwei Vorgänge aus der letzten Zeit lassen erkennen, daß die „Gemütsverrohung“ in bedenklicher Weise um sich greift. Der eine Fall ereignete sich in Belleville, Illinois, einer industriell und kommerziell bedeutenden Stadt. Dort hatte ein „farbiger“ Lehramtskandidat, nachdem er den vorgeschriebenen Probeunterricht an einer der öffentlichen Schulen geleistet hatte, ihm dann aber vom Vorsitzenden des Schulrats die definitive Anstellung verweigert worden war, einen mörderischen Angriff auf diesen gemacht und ihn schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Er ward verhaftet, aber bald sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Gefängnis, die fast ausschließlich aus Geschäftsleuten und sonstigen „ehrlichen Würgern“ bestand. Sie holten den Missetäter heraus, klopften ihn an und machten unter ihm ein Feuer, in das er lebend hineinfiel. Es hieß zwar erst, die Staatsbehörden würden energische Schritte thun, um die Thäter oder doch die Anstifter und hauptsächlichsten Teilnehmer zur Verantwortung zu ziehen; aber die Sache wird wohl ebenso auslaufen, wie es im Süden die Regel ist: sie wird entweder langsam einschlafen oder die Geschworenen werden sich, wenn es zum Prozeß kommt, „nicht einigen“ können.

Der andre Fall spielte sich in dem industriellen Evansville, Indiana, ab, dessen Bevölkerung zum großen Teil aus den Arbeitern der dortigen zehn großen Webfabriken besteht. Hier war es die Arbeiterbevölkerung, in der die Bestie erwachte. Den direkten Anlaß gab die Ermordung eines Polizisten durch einen Neger, der wegen einer andern Mordthat verhaftet werden sollte, sich aber widersetzte und bei dem Kampfe ebenfalls so schwer verwundet wurde, daß er wahrscheinlich sterben wird. Auch hier sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Gefängnis an und versuchte daselbst zu stürmen, doch gelang es den Wächtern und der aufgetriebenen Polizei, sie zurückzutreiben, wonach sie nach dem „Negerviertel“ ausbrach und dort wie eine Horde wilder Tiere hauste. In der ersten Nachricht über diese Tumulte hieß es, daß man schon lange einen solchen Ausbruch befürchtet habe, woraus hervorgeht, daß obiger Vorgang nicht der Grund, sondern der Vorwand zu den Unruhen war und daß es sich nicht um „Rassenhass“ handelt, sondern um einen Ausbruch gegen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt. Infolge des „Riots“ beorderte der Gouverneur Militärtruppen, welche, als die Menge wiederum das Gefängnis stürmen wollte, um mehrere verhaftete Teilnehmer an den Unruhen zu befreien, auf die Menge feuerten, wobei mehrere Personen getötet und eine Anzahl verwundet wurden. Mehrere der Arbeiterorganisationen beschloßen später Resolutionen, worin das Vorgehen der Miliz verdammt wurde und die Geschäftsleute unter Androhung des Boykotts aufgefordert wurden, diejenigen ihrer Angestellten, welche zur Miliz gehören, nicht mehr zu beschäftigen.

Partei-Nachrichten.

Der Thüringer Parteitag, welcher am 1. und 2. August in Weimar tagte, war von 56 Delegierten aus 26 Orten besetzt. Am 1. August, abends 9 Uhr, fand die Präkonferenz statt, in der zunächst der Geschäftsbericht der „Tribüne“ gegeben wurde. Wir entnehmen demselben, daß die „Tribüne“ gegenwärtig einen Abonnentenstand von 6850 aufweist, ein Mehr von ca. 1000 gegen das Vorjahr. Der Vermögensbestand hob sich im Jahre 1903 von 4125,88 M. auf 19 017,58 M. Allgemein ging der Wunsch dahin, daß eine Erweiterung des Inhalts der „Tribüne“ Platz greife, welchem Wunsch Rechnung zu tragen die Geschäftsleitung auch versprach. Am 2. August beschäftigte sich der Parteitag nach Anhörung eines Referats des Genossen Paubert-Poldba über: „Was lehren uns die verflochtenen Reichstagswahlen?“, mit dem Geschäftsbericht der Agitationskommission und mit der Auslösung derselben. Die Auslösung derselben wird beschloßen. Der vorhandene Bestand wird der „Tribüne“ überwiesen, welche noch vorhandene Verpflichtungen übernimmt. Die an der „Tribüne“ beteiligten Kreise entsenden zu den stattfindenden Präkonferenzen je einen Delegierten. Der Thüringer Parteitag findet nach Bedürfnis statt. Die Kalenderfrage wird in Zukunft von der Geschäftsleitung der „Tribüne“ geregelt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wird der Parteitag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

— Einer der Pressprozesse gegen die Magdeburger „Volksstimme“, die auf die eigene Initiative des Herrn Polizeipräsidenten von Magdeburg zurückzuführen sind, ist nun erledigt. Wegen Anklebens eines sogenannten „Wirtschabzuges“ im Schaufenster der „Volksstimme“, der mit allen Wästenabzügen in der Welt das Schicksal teilte, ohne Druckform zu sein, wurden die Genossen Harbaum und Pistorius zu 20 und 15 M. Geldstrafe verurteilt. Genosse Böhge als Drucker wurde freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er von der sträflichen Verwendung des Abzuges bei Herstellung desselben Kenntnis hatte. Daß der Herr Staatsanwalt selbst keine Freisprechung beantragte, wundert uns eigentlich in diesem Prozesse, obgleich wir sonst den Verhältnissen in Magdeburg gegenüber uns das Wundern abgewöhnt haben. Vielleicht macht der Herr Polizeipräsident in der Zeit, die zwischen der ersten und zweiten Verhandlung verstreicht (in einer Instanz darf ein so wichtiger Prozeß unmöglich erledigt sein), den Herrn Staatsanwalt noch auf die eventuelle Anwendbarkeit des be-

rühmten *dolus eventualis* aufmerksam, damit auch noch der dritte Sünder zur Strecke gebracht werden kann.

— Gegen den Genossen Radlof von der „Breslauer Volkswacht“, der angeblich eine zweimonatliche Gast verhielt, hatte der Staatsanwalt auf neue Anklage erhoben, weil Radlof in dem Bericht über die betreffende Gerichtsverhandlung die Stellen des Artikels, welche zu seiner Verurteilung führten, zum besseren Verständnis noch einmal wiedergegeben hatte. Das Breslauer Landgericht hat die Eröffnung des Verfahrens jedoch abgelehnt. — Radlof hat den Antrag gestellt, nach Verbüßung seiner Strafe aus der Haft entlassen zu werden, in der er behalten werden soll, weil wegen seiner Verurteilung wegen einer Majestätsbeleidigung Fluchtverdacht gegen ihn vorliegen soll. Das Gericht lehnte die Haftentlassung trotz angebotener Kaution ab.

Haus Industrie und Handel.

Die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft in Berlin giebt zur Konvertierung der noch umlaufenden 5prozentigen Obligationen vom Jahre 1890 im Betrage von 9 899 000 M., die zum Januar 1904 gelündigt sind, für 11 495 000 M. neue 3½-prozentige Obligationen aus. Von der neuen Anleihe kommen zunächst 10 Millionen M. an den Markt. 1 495 000 M. werden erst nach dem 1. Juli 1904 gegeben. Aufgelegt werden die neuen Obligationen am 10. d. M. in Berlin bei der Sekundärbank, Mendelssohn u. Co., S. Weichroder, der Diskontogesellschaft, Delbrück Leo u. Co., von der Handt u. Co., Robert Warshawsky u. Co. und in Köln bei Sal. Oppenheim jr. u. Co. Bei Umtausch der alten 5proz. Obligationen in neue 3½-proz. werden die ersteren mit 105 Proz., die neuen mit 99½ Proz. berechnet. Zum Kurse von 99½ Proz. werden die neuen Obligationen auch zur Veräußerung aufgelegt. Die neue Anleihe wird vom 1. Juli 1904 bis zum Jahre 1935 *à pari* getilgt. Eine verstärkte Tilgung kann erst vom Jahre 1910 an eintreten. Der Dienst der neuen Anleihe ist durch halbjährliche Zahlungen des Reiches von je 300 000 M. sichergestellt. Diesen Betrag hatte das Reich bisher mit der Bedingung gezahlt, daß die Zolleinnahmen des ostafrikanischen Schutzgebietes diese Höhe erreichten. Nach dem vom Reich mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrage vom 15. November 1902 leistet das Reich diese Zahlungen fortan ohne Rücksicht darauf, ob die Zollerträge sich in dieser Höhe bewegen.

Zur Erneuerung des Kali-Syndikats. Ueber die Vorschläge, welche der Anfang November stattfindenden Versammlung zur Erneuerung des Syndikats gemacht werden sollen, wird der „R. Z.“ gemeldet: In Aussicht genommen sind zunächst die Umwandlung des Syndikats in die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf die Dauer von zehn Jahren vom 1. Januar 1905 ab. Die Gesellschaft besteht einen Aufsichtsrat, der aus einem von dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe zu bestimmenden Vorsitzenden und sechs weiteren von der Versammlung der Gesellschafter zu wählenden Mitgliedern besteht. Das Stammkapital der Gesellschaft m. B. G. soll 400 000 M. betragen. Die einzelnen Einlagen sollen entsprechend dem Werte der von den Gesellschaftern bei Beginn des Gesellschaftsvertrages zustehenden Anteile am Gesamt-Kalialibrag bemessen werden, doch auf je 14 000 Mark Jahresabsatz Reinertrag und überschleibende Teile dieses Wertes ein Einlagebetrag von 100 Mark entfällt. Je 100 M. der Stammeinlage gewähren eine Stimme. Ferner ist die Bildung eines flüssigen Syndikatsbestandes von 5 Millionen Mark in Aussicht genommen. Zu diesem Zweck sollen in den Lieferungsverträgen, welche die Gesellschaft abschließt, Abzüge in Höhe von 2 Prozent vom Kaufpreise vereinbart und dem Syndikatsbestande zugewendet werden. Der hierdurch entstehende Fonds kann verwandt werden zur Erwerbung und Veräußerung von Grundstücken, Bergwerken und dergleichen Rechten sowie zum Abschluß, zur Abänderung und zur Aufhebung von Verträgen und Anlauf von Kali-Produkten.

Deutscher Stahlwerks-Verband. Ueber den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen, betreffend die Bildung eines deutschen Stahlwerks-Verbandes, schreibt man dem „Breslauer General-Anzeiger“ von beteiligter Seite: Gegenwärtig schweben noch die Specialverhandlungen zur Verlängerung der mit Ende dieses Jahres zu Ende gehenden Einzelverträge. Die Verhandlungen nehmen einen guten Fortgang und verschiedentlich ist der Wunsch laut geworden, die neuen Verträge gleich auf einen allgemeinen deutschen Stahlwerks-Verband zuzuschneiden. Die Verhandlungen sind so weit gediehen, daß man mit dem jetzt herannahenden Ende der Ferien hofft, zunächst die Rohstoff- und Holzzeug-Verträge zusammenbringen zu können, dann soll diese Vereinigung in bestimmter Relation zu den fertiger Verbänden treten, welche letztere zunächst ihre Selbstständigkeit behalten werden. Damit wäre ein Uebergangsstadium zu der Bildung eines Stahlwerks-Verbandes geschaffen. Die Zeit zu derartigen Verhandlungen ist jetzt besonders geeignet, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß nur dann eine Einigkeit zu erzielen ist, wenn die gesamte Lage noch für alle Interessenten wesentliche Wünsche offen läßt.

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin. Die Hochbahn beförderte im Juli 2063 682 Personen gegen 2323 050 Personen im Juni. Die Einnahmen betragen 257 899 M. gegen 287 841 M. im Juni. Die Flachbahn (Warschauerbrücke—Central-Bischhof) beförderte im Juli 103 437 Personen und vereinnahmte 11 992 M.

Sociales.

Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen im Gastwirts-gewerbe. Sogar die Bahnhofsrestaureure in Bahnhöfen haben es für notwendig befunden, sich gegen die Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 zu wenden. Sie baten das Ministerium um Gewährung beziehungsweise Erwirkung von Erleichterungen hinsichtlich der jetzt geltenden Vorschriften. Die bairische Regierung hat jedoch diesem Gesuch eine Folge nicht gegeben. Dagegen wurde die Generaldirektion der Staatsbahnen angewiesen, die Ausführung der Bundesratsverordnung in den Bahnhofsrestaurations zu überwachen. Ferner wurden die Bahnhofsrestaureure ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Vereinbarungen, die auf den sogenannten „freiwilligen Verzicht“ der Arbeitnehmer auf die gesetzlichen Ruhezeiten hinauslaufen, rechtswidrig sind. Zuwiderhandlungen seien nicht nur gemäß § 147 Ziffer 4 der Reichs-Gewerbe-Ordnung mit Geldstrafe bis zu 800 Mark eventuell sechs Wochen Haft bedroht, sondern müßten unter Umständen auch seitens der Eisenbahnverwaltung mit Auslösung des Pachtverhältnisses bestraft werden. — Diese Haltung des Ministeriums ist sehr vernünftig. Aber hoffentlich werden auch die unteren Stellen diesen Intentionen entsprechend vorgehen.

Krankenkassen und Lohnsätze. Der Vorstand der Gemeinsamen Orts-Krankenkasse zu Strahburg i. E. hat an den diesjährigen Krankenkassen-Kongreß in Breslau folgenden Antrag eingebracht: „Da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Krankenkassen-Mitglieder und die daraus eventuell sich ergebenden ungenügenden Ernährungsverhältnisse eng mit den Arbeitsverhältnissen in Verbindung stehen, möge der Centralverband der Orts-Krankenkassen in Deutschen Reichs sich dahin aussprechen und dahin zu wirken suchen, daß, soweit es noch nicht geschehen, seitens der Krankenkassen bei Vergütung von Druckarbeiten nur solche Buchdrucker zu berücksichtigen sind, welche den Tarif der deutschen Buchdrucker anerkannt und eingeführt haben.“

Die Tendenz dieses Antrages ist zweifellos berechtigt, nur ist er zu eng gefaßt. Der Antrag sollte aussprechen, daß bei allen Lieferungen für Krankenkassen Voraussetzung ist, daß von den betreffenden Gewerbetreibenden ihren Gehilfen gegenüber der von den zuständigen Institutionen anerkannte Lohnsatz innegehalten wird. Bekanntlich handelt es sich bei den Krankenkassen-Aufträgen nicht allein um Vergütung von Druckarbeiten; so müssen die Kassen in Fällen, wo ein Verstorbenen keine Angehörigen hinterläßt, oft das Begräbnis selbst besorgen, den Sarg bezahlen usw., auch

auf die Anstellungsverhältnisse der Krankenkassen in den von ihnen bevorzugten Krankenhäusern könnten sie einwirken und beim Bau von Sanatorien und Krankenhäusern vielleicht sogar auf die Lohnverhältnisse der Bauarbeiter.

Einigungsämter für Krankenkassen und Ärzte. Die sich häufenden Konflikte zwischen Ärzten und Krankenkassen haben die bairische Regierung veranlaßt, in dem soeben bekannt werdenden Entwurf einer Neuorganisation der ärztlichen Standesvertretungen die Errichtung von Einigungsämtern vorzuschlagen. Nach dem amtlichen Entwurf sollen die Einigungsämter aus gemischten Kommissionen bestehen, die aus je zwei Vertretern der Ärzte und der Krankenkassen und dem rechtskundigen Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts als Vorsitzenden zusammengesetzt sind.

Dieser Vorschlag von Seiten der bairischen Regierung ist ja nicht neu, er ist zuletzt ziemlich eingehend anlässlich der Beratung der Novelle zum Krankenkassen-Gesetz erörtert worden. So sehr die Idee solcher Einigungsämter an sich auch berechtigt und ihre Durchführung zur Zeit erwünscht sein mag, die Form, die die bairische Regierung hier vorschlägt, will uns nicht ganz befriedigen; vor allem insofern nicht, als den Vorzug mit seiner ausschlaggebenden Stimme unmöglich ein Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts bekommen kann. Ein solcher Vorsitzender kann bei bestem Willen keine hinlängliche Gewähr voller Objektivität bieten; seine Stelle kann billigerweise nur jemand übertragen werden, der den Organisationen der Ärzte wie denen der Kassensmitglieder gleich freigesteht.

Sociale Rechtspflege.

Entschädigung für Warten auf die Lohnzahlung. Das Gewerbe-gericht in Hamburg hatte sich nach der neuesten Nummer des „Gewerbe-gericht“ mit der interessanten Frage zu beschäftigen, ob ein Arbeiter, der über Feierabend hinaus auf seinen verdienten Lohn warten muß, für diese Zeit Entschädigung zu beanspruchen hat. — Ein Tischlergeselle hatte seinen Meister auf Zahlung von 1,10 M. als Entschädigung dafür verklagt, daß an einem Sonnabendabend, an dem um 6 Uhr Feierabend war, über zwei Stunden auf seinen verdienten Lohn warten mußte. Der Meister gab dies zu, bestritt aber Erhaltungspflicht, da Kläger durch das Warten keinen Schaden gehabt habe, während der Geselle entgegnete, er habe während der zwei Stunden in einer benachbarten Wirtschaft gewartet, Zehrungskosten gehabt und sei durch die verspätete Lohnzahlung außer Stand gesetzt worden, am Sonnabendabend noch Einkäufe für seine Familie zu machen.

Der Kläger wurde abgewiesen. Gründe: Ein wirklicher Geldschaden ist infolge des beklagten Verzuges dem Kläger thatsächlich nicht entstanden. Zu liefern er durch seine Verbindungen, noch am Sonnabend Einkäufe zu machen, Geldschaden erlitten haben sollte, ist ganz unerfindlich. Zum Warten aber in einer Wirtschaft und zur Aufwendung von Zehrungskosten für Rechnung des Beklagten war Kläger infolge der Nichtauszahlung seines Lohnes um die bestimmte Stunde weder verpflichtet noch berechtigt. Er hatte nur das Recht, nach Hause zu gehen und alsbald Klage auf Zahlung seines Lohnes nebst Zinsen, sowie auf Ersatz des ihm etwa weiter entstandenen Schadens zu erheben, jedoch nur desjenigen Schadens, der wirklich lediglich eine Folge der verzögerten Lohnauszahlung gewesen wäre. Daß Kläger nun infolge der verzögerten Lohnauszahlung Arbeit veräumt habe, wird er nicht behaupten können und hat er ja auch nicht behauptet. Denn am Sonnabend nach Feierabend hätte er zweifellos seine Gelegenheit gehabt, seine Arbeitskraft noch entgeltlich zu verwenden! Kläger hat also offenbar an dem Abend gar nichts veräumt. Anders läge die Sache, wenn es sich etwa um einen nach Stunden oder auf einen halben Tag angenommenen Arbeiter handelte, der z. B. im Laufe des Arbeitstages entlassen wäre, aber nach erfolgter Beendigung der Arbeit noch einige Stunden auf Lohnzahlung hätte warten müssen. Dieser könnte Lohnzahlung für die Wartezeit verlangen, weil er sich während der Wartezeit anderweitige Arbeit hätte verschaffen können, bezw. weil er während dieser Zeit seinem Arbeitgeber noch zur Verfügung stand. Hier müßte ein Schaden als nachgewiesen, bezw. das Arbeitsverhältnis müßte bis zur Lohnzahlung als stillschweigend verlängert gelten. Davon kann aber in dem vorliegenden Fall nicht die Rede sein. Das Arbeitsverhältnis dauert hier zwar thatsächlich fort, da es auf unbestimmte Zeit eingegangen war, die Arbeitszeit war aber von vornherein bestimmt als um 6 Uhr am Sonnabendabend endigend. Nach alledem mußte hier erkannt werden, wie geschähen.

Wir vermögen uns den hier niedergelegten Rechtsgrundsätzen nicht anzuschließen. Der Arbeitgeber hat ganz offenbar erwartet, daß ihm der Arbeiter von Feierabend an bis zur schließlich erfolgten Lohnzahlung für diese jederzeit zur Verfügung steht; der Arbeiter hat diesem Ermarten entsprochen und ist deswegen für diese Zeit genau so zu entschädigen, als wenn er sonst im Interesse des Arbeitgebers über die übliche Zeit hinaus thätig war. Daß ihm der Arbeitgeber während dieser Zeit keine Beschäftigung zuwies, ist nicht seine Sache. Kläger hatte allerdings auch das Recht, dem Rate des Gewerbegerichts zu folgen und nach Hause zu gehen, genau, wie er das Recht hat, Lieberarbeit zu verweigern; aber er hatte nur das Recht, nicht die Pflicht dazu, und er hat sich keines Anrechtes auf rechtzeitige Lohnzahlung bezw. seine Entschädigung für nicht rechtzeitige Zahlung nicht dadurch entschlagen, daß er dem entweder offen ausgesprochenen oder stillschweigend vorausgesetzten Ansinnen des Meisters nachkam, sich zu dessen Verfügung zu halten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englisches Unterhaus.

London, 4. August. (W. T. W.) Herburgh (t.) fragt an, ob die Admiralität beabsichtigt, einen Nachtrag zur Schiffbau-Vorlage einzubringen angesichts der Thatsache, daß Rußland daran gegangen sei, im Schwarzen Meer zwei Schlachtschiffe zu bauen, seit die Admiralität ihren Flottenetat für dieses Jahr aufgestellt habe. Der Parlamentssekretär der Admiralität Arnold Forster erwidert, der Admiralität sei keine neue Thatsache bekannt geworden, welche sie nöthigen würde, die von Herburgh vorgeschlagenen Schritte zu thun. Daß Rußland den Bau der erwähnten zwei Schiffe ins Auge gefaßt habe, sei der Admiralität schon bekannt gewesen, als sie ihren Etat aufstellte. Sollten Umstände eintreten, welche die Admiralität nicht vorausgesehen habe, so würden dem Hause entsprechende Mitteilungen gemacht werden. Koch sei aber ein solcher Fall nicht eingetreten.

In Verantwortung einer Anfrage erklärt Unterstaatssekretär des Reichens Cranborne, die Regierung habe keine amtliche Nachricht, daß die Bagdadbahn ausschließlich mit deutschem Kapital erbaut werden solle. Cranborne fügt hinzu, es scheine, daß über die Angelegenheit noch Erörterungen stattfinden.

Budapest, 4. August. (W. T. W.) Die Polizei hat festgestellt, daß der Journalist Dienes außer den bisher bekannten Beschuldigungen auch noch weitere verübt hat. Unter andern hat er mehrere Wechsel in Höhe von 12 000 Kronen mit den Unterschriften von Verwandten und einem bekannten Journalisten gefälscht. — „Budap. di Naplo“ fordert eine eingehende Untersuchung im Ministerium des Innern, um zu eruiern, ob man dort nicht Dienes einen auf einen falschen Namen lautenden Paß ausgestellt hat.

Kopenhagen, 4. August. (W. T. W.) Der 14. Internationale Geodätische Kongreß wurde heute in Gegenwart des Kronprinzen des Reichspräsidenten und des Kriegsministers eröffnet. Reichspräsident Dr. Deumyer und Generalleutnant Pacharias begrüßten die Teilnehmer.

Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die diesjährige Provinzial-Konferenz findet am Sonntag, den 6. September, in Berlin, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, statt. Beginn mittags 12 Uhr.

Tagesordnung:

- 1. Bericht der Agitationskommission.
2. Bericht der Delegierten aus den einzelnen Kreisen.
3. Rückblick auf die Reichstagswahlen (Organisation, Agitation und Presse).
4. Die bevorstehenden Landtagswahlen.
5. Anträge.

Die Genossen der einzelnen Kreise werden gebeten, unzerzagtlich Parteiverfassungen resp. Kreis-Konferenzen zu berufen Zweck Stellungnahme und Wahl von Delegierten. Jeder Kreis ist berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Reichstags-Abgeordneten resp. Kandidaten der Kreise sind gleichfalls eingeladen. Anträge sind bis spätestens 1. September an Unterzeichneter zu senden.

Mit Parteigrüß!

Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

J. A.: Karl Dimmig, Berlin S., Luisen-Ufer 11.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Lugins-Paper and Träger ist gestern nach acht-tägiger Dauer beendet worden. Beteiligt waren an demselben etwa 180 Mann. Zwischen der Firma Lugins u. Co. einerseits und den Central-Verbänden der Maurer und Bauarbeiter andererseits ist es nunmehr zu einem Verträge gekommen, der fast dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen für diese Gruppe vorsieht, wie sie kürzlich in dem Verträge der Kaminkehrer, Cementierer und Spanner mit deren Unternehmern vor dem Gewerbegericht abgeschlossen worden sind und ebenfalls bis zum 30. September 1904 gilt. Es erhalten demnach die Poper bis zum 30. September d. J. einen Stundenlohn von 80 Pf., vom 1. Oktober ab 82 1/2 Pf.; die Träger erhalten 60 Pf. pro Stunde gegen 50 Pf. vor dem Streik. Die Arbeitszeit richtet sich nach den Lichtverhältnissen wie bei den Kaminkehrern. In Alford wird nicht mehr gearbeitet. Mit der Abschaffung der Alfordarbeit ist auch gleichzeitig der Nebelstand beseitigt, daß die Hilfsarbeiter (Träger) von den Poperen entlohnt werden, vielmehr erhalten jene ihren Lohn von jetzt ab lediglich von der Firma. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden und werden demgemäß die alten Arbeiter, soweit die Bauten während des Streiks nicht von anderen Firmen übernommen wurden, wieder eingestellt. Damit sind auch für diesen Spezialberuf einheitlich geregelte Verhältnisse geschaffen worden, die um so stabiler zu werden versprechen, als die Luginspoper mit den Kaminkehrern usw. jetzt zusammen eine Sektion des Maurerverbandes bilden werden. Die Versammlung der Streikenden erlachte gestern den Vertrag in allen Punkten an und wird demgemäß am heutigen Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen.

Zum Streik der Fliesenleger. Am Montagvormittag haben bei den Firmen Fromme u. Hans und Schmalisch u. Delow die Fliesenleger die Arbeit eingestellt, was zur Folge hatte, daß diese Firmen aus dem Verbands der Unternehmer austraten. Der Ring der Arbeitgeber ist somit als gesprengt anzusehen. Fromme u. Hans haben bereits bewilligt, andre Firmen erklärten sich bereit, zu bewilligen, falls ihnen nachgewiesen würde, daß 80 Pfennig-Stundenlohn schon bei einem Arbeitgeber bezahlt werde. Die Lohnbewegung steht also demnach sehr günstig. Der Referent Schulz sowohl wie der Vertrauensmann Wegener hoben in der öffentlichen Fliesenleger-Versammlung am Montag ausdrücklich hervor, daß es nicht auf einen Augenblickserfolg ankommen könne, sondern daß schriftliche Anerkennung und Befestigung der Arbeitsbedingungen vor dem Gewerbegericht erstrebt werden müsse. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der zunächst der gestern schon mitgeteilte Beschluß, bei allen Firmen, die den geforderten Stundenlohn nicht bewilligen, die Arbeit niedrigerlegen, ausgedehnt wird, und in der es dann weiter heißt:

„Ferner sind Erhebungen darüber anzustellen, wie im Jahre 1902 oder später bei der Einführung des jetzt bestehenden Tarifs der freien Vereinigung von den Chef durch wirtschaftlichen Druck, durch Drohung die Arbeit zu verlieren, oder durch Versprechungen genötigt, die Arbeitsbedingungen von unserer Seite unterzeichnete und dadurch wesentlich dazu beitrug, den Schein zu erwecken, als sei die Organisation der freien Vereinigung prozentual die härteste gewesen. Diese Erhebungen sind notwendig, um unsern Rechtsstandpunkt nicht allein vor der Öffentlichkeit, sondern auch vor der maßgebenden Behörde klarzulegen und die Intention der Arbeitgeber in ihrem Antwortschreiben gebührend zurückzuweisen. Zu diesem Zweck ist jedes Mitglied verpflichtet, der Wahrheit die Ehre zu geben.“

Die im Maurerverband organisierten Fliesenleger hielten im Gewerkschaftshause am Montagabend ebenfalls eine Versammlung ab. Hier wurde beschlossen, den Unternehmern die Forderungen sofort vorzulegen und, wenn die Anerkennung verweigert wird, in den Geschäften, wo Verbandsmitglieder die Mehrheit haben, die Arbeit niedrigerlegen. Ferner wurde eine Lohnkommission gewählt, die aus folgenden Personen besteht: Panzer, Böhl und Winkler. — Inzwischen ist bereits bei mehreren andern Firmen die Arbeit eingestellt worden.

Folgende Firmen haben im Laufe des Dienstagvormittags die Forderung nach voll bewilligt: Richard Schäffer, Perrino und Barnebold u. Kasse. Die Bauten der Firma Schmalisch u. Delow sowie Wid bleiben gesperrt.

Zur Lohnbewegung der Glaser wird uns gemeldet, daß zur Zeit 880 Gesellen zu den neuen Bedingungen arbeiten; davon sind 340 organisiert. Von 8 Werkstätten ist keine Nachricht, die Firma G. Zell, Stolpischestraße 3, Ruy u. Co., Antonstraße 48, Gost u. Co., Silber-rahnenfabrik, Aurfürstenstraße 140, sind gesperrt. Stampehl, Brunnens-straße 110, desgleichen Rogge, Schöneberg, Gleditschstraße 17 haben bewilligt, jedoch die Ausständigen dieser Werkstatt gestern die Arbeit wieder aufgenommen haben. Im Ausstand befinden sich zur Zeit 4 Kollegen. In der Versammlung im Gewerkschaftshause am Donnerstag werden die Streikfahndungen ausgegeben. Alle Bau-arbeiter werden ersucht, die Glaser auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Das Streikbureau befindet sich bei Stramm, Mitterstraße 123.

Die Firma Siemens-Schuckert A.-G. hat nach dem kürzlich beendeten Streik im Stadgeschäft nunmehr die Wahl eines Arbeiterausschusses angeordnet. In dieser Anordnung liegt ein merkwürdiger Kontrast mit den jüngst veröffentlichten Aus-lassungen des früheren Generaldirektors Dr. Bödiker, nach dessen Meinung in allen Werken der Firma seit jeher schon Arbeiter-ausschüsse bestanden hätten. In wieviel dies aber der Fall war, bewies gerade der Schlosserstreik, anlässlich dessen ein Arbeiter-auschuss beim besten Willen nicht aufzufinden war, als Unterhand-lungen mit der Direktion eingeleitet werden sollten. Nach Meinung der Arbeiter hätte die Direktion allerdings besser gehen, die Wahl noch nicht am kommenden Donnerstag vornehmen zu lassen, sondern

noch so lange damit zu warten, bis sich die Arbeiter in einer allgemeinen Versammlung darüber ausgesprochen hätten, welche Befugnisse sie einem Arbeiterausschusse eingeräumt zu sehen wünschten.

Achtung, Metallarbeiter! In Hirschberg in Schlesien befinden sich unsere Kollegen im Ausstand. Wir ersuchen dringend, den Zugang nach dort fernzuhalten. — Es wird in Berlin versucht, arbeitswillige Formner, Dreher, Schlosser usw. anzuwerben. Das Werdebureau ist in der Wilhelmstraße. Also Vorsicht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Sattler aller Branchen! In der Leder- und Sattler-waren-Fabrik von Emil Brandt Nachf. Gebr. Wassermann, Seebaststraße 74, haben sämtliche dort beschäftigten Kollegen wegen Lohnsdifferenzen die Arbeit niedrigergelegt. — Wir bitten Zugang aufs strengste fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Sattler-Verbandes.

Arbeitskinderinnen und Sticker. Zum Streik bei Gontkowsk, Rallhadenstr. 47, wird von der Organisation mitgeteilt, daß Herr Gontkowsk vor einigen Wochen 25 Proz. abgezogen hatte und die dort arbeitenden Sticker und Stickerinnen sich in Anbetracht der überaus schlechten Geschäftslage diesen Abzug gefallen lassen mußten. Nachdem nun die Saison begonnen hat, wandten sich die Arbeiter an den Chef mit der Forderung um Aufbesserung der Preise um 12 1/2 Proz., was jedoch rundweg abgelehnt wurde. Es ist wohl nie ein Kampf gerechtfertigter gewesen, als dieser, da die Leute nur die Hälfte von dem wieder verlangen, was ihnen abgezogen worden ist. Sticker und Stickerinnen sollten daher die Arbeitsstube von Gontkowsk streng meiden. Arbeitswillige haben sich bis jetzt nicht gefunden und sind auch in anderer Hinsicht die Verhältnisse für die Streikenden äußerst günstig. Die in der vorigen Woche bei Cohn, Diefenstraße, gestellte Forderung von 15 Proz. hat mit einem vollen Siege der dort beschäftigten Sticker geendet.

Die Leitergerüstbauer der Firma Gutsche, Friedenau, befinden sich seit Montag in einem Streik, weil der Firmeninhaber sich weigert, die Kolonnen auf sechs Mann zu verstärken. Da Herr Gutsche sich auf den Standpunkt stellt, daß eine aus fünf Mann bestehende Kolonne dieselben Arbeiten leisten muß wie eine solche aus sechs Mann, haben vor acht Tagen bereits Verhandlungen stattgefunden, welche zur Folge hatten, daß die Kolonnen auf sechs und sogar teilweise auf sieben Mann eingestellt wurden. Am Montag hat nun Herr Gutsche wieder die Kolonnen auf fünf Mann reduziert. Die beteiligten Arbeiter stellen nun die Arbeit soweit als es ihnen möglich war, fertig, und forderten dann den sechsten Mann. Als ihnen diese Forderung abgeschlagen wurde, legten sie einmütig die Arbeit nieder. Arbeitswillige sind bis jetzt nicht zu verzeichnen. Bis zur Erledigung der Differenzen ist Zugang fernzuhalten und Streikarbeit nicht zu verrichten.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Ortsverwaltung Berlin I.

Deutsches Reich.

Streikpostenfischen. In Arefeld sind die Zimmerer schon ca. 12 Wochen im Streik und noch immer ist keine Aussicht auf Beendi-gung derselben. Die hauptsächlichste Forderung der Gehilfen ist ein Stundenlohn von 50 Pf. und zehntägige Arbeitszeit, welche Forderung von der Kaufmannschaft, durch welche die Zimmermeister die Verhandlungen leiten lassen, nicht acceptiert wird, sie will nur einen Stundenlohn von 42 bis 45 Pf. bewilligen, welcher Lohn bei den teuren Lebensverhältnissen in Arefeld zu niedrig ist. Während des Streiks sind schon verschiedentlich Bestrafungen Streikender vorgekommen, und zwar sind dieser Tage noch zwei derselben wegen Beleidigung Arbeitswilliger, einer zu einer Woche und der andre zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt worden auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung.

Das Streikpostenfischen macht die Polizei den Streikenden ganz unzufrieden, indem sie auf Grund einer Regierungs-Polizeiverordnung das Verweilen der Streikenden auf den Straßen, wo die gesperrten Bauten sich befinden, verbietet. Die Verordnung lautet: „Den zur Erhaltung der Bequemlichkeit, Reinlichkeit, Sicherheit, Ordnung und Ruhe auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen und Wasserstraßen ergehenden Anordnungen oder Aufforderungen der polizeilichen Gehilfenbeamten ist unbedingt Folge zu leisten.“

Eine ganze Reihe Strafmandate wurden ausgestellt und vom Schöffengericht in Arefeld bestätigt; durch die Polizeiverordnung wird also hier der § 153 der Gewerbe-Ordnung, nach welchem das Streikpostenfischen erlaubt ist, aufgehoben.

Zur Bauarbeiter-Aussperrung in Kassel. Die Zimmerer haben sich dem Vorgehen der Maurer und Bauarbeiter angeschlossen und ebenfalls Forderungen an die Unternehmer gestellt. Ausgesperrt sind 170 organisierte Zimmerer, während 105 Inorganisierte in Arbeit geblieben waren und 37 Organisierte nicht ausgesperrt wurden. Von den Ausgesperrten sind bereits 32 abgereist. Verlangt wird von den Zimmerern vom 3. August 1903 ab ein Stundenlohn von 47 1/2 Pf. bei zehntägiger Arbeitszeit an Stelle der bisherigen 45 Pf. und vom 1. April 1904 ab 50 Pf. Stundenlohn und gleichzeitige Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden. Der zweite Verbandvorsitzende G. G. Hamburg rechtefertigte sein zuwartendes Verhalten in der vorigen Versammlung damit, daß man erst jetzt einen klaren Ueberblick über das Aussperrungsgebiet hat. Zweifellos werden die Unternehmer ihre ganze Kraft auf Kassel werfen und der Kampf wird ein heißer werden. Mehr als jemals zuvor ist es jetzt geboten, daß Kassel von jedem Bauarbeiter solange strengstens gemieden wird, bis das ge-waltige Ringen beendet ist.

Die Klempner in Hamburg sind an die Unternehmer mit einem neuen Lohnantrag herantreten, in dem sie u. a. bei neunmündiger Arbeitszeit für Bau- und Kundenarbeit 60 Pf. für Laden-, Emballage- und Kundenarbeit 55 Pf. pro Stunde im Minimum fordern. 42 Arbeit-geber, darunter solche, die 40 bis 50 Arbeiter beschäftigen, haben die eingereichten Forderungen sofort bewilligt. 478 Mann sind in die Streikliste eingetragen; die Zahl wird noch zunehmen, wenn die Kündigungsfrist ihrer abgelaufen ist, welche in einem Kündigungs-verhältnis stehen. Zum Lohngebiet gehören die Orte Hamburg, Altona, Wandsbek und Wilhelmsberg. — Für die Emballagen-Werkstätten ließ man nachträglich wegen der schlechten Konjunktur die Forderungen fallen.

Der Streik der Bauarbeiter in Hamburg ist beendet, nachdem über zwei Drittel der Zimmermeister die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben. — 14 Geschäfte bleiben gesperrt.

Ausland.

Vom Streik in Hennegont.

Paris, 2. August. (Fig. Ver.) Seit einem Monat streiken etwa 1700 Metallarbeiter in Hennegont, Departement Nordhain, einem entlegenen Winkel der Bretagne. Sie fordern eine Erhöhung ihres äußerst niedrigen Lohnes, der kaum 1,40 W. pro Tag beträgt. Der Kampf spielt sich unter empörenden Umständen ab, indem die Re-gierung das kleine Streikgebiet mit Militär überschwemmt hat. Die üblichen Folgen blieben nicht aus: Zusammenstöße, brutale Ab-handlung der Arbeiter durch die Gendarmen, zahlreiche Ver-haftungen und ein Vogel gerichtlicher Verurteilungen. Zuletzt hat der Unterpräfekt jede Ansammlung von Streikenden unter freierem Himmel verboten. Das bedeutet hauptsächlich eine Entziehung des Versammlungsbrechtes, da die Streikenden kein geeignetes Versammlungslokal haben und bisher auf Feldwiesen zusammenkamen.

Die Behörden spielen loßlos mit dem Feuer. Die Erbitterung der bedrückten Arbeiter steigt, und ihnen gegenüber stehen hierliche Offiziere, die mit Freuden ein Blutbad veranstalten würden. Den

Oberbefehl der Truppen führt ein adliger und reaktionärer Ober-leutnant d'Ablescourt, dem (nach dem Berichte der „Voix du Peuple“) blutige Drohungen gegen die Streikenden nachgesagt werden. Diesmal handelt es sich ja nicht um einen gewalttätigen Wider-stand von Mönchen und Nonnen, deren Verhaftung den „religiösen Ueberzeugungen“ der Offiziere berechtigt erscheint. Diesmal wird sich in der Bretagne kein Saint-Doming finden, der den Gehorjam verweigert, wie kein Richter sich gefunden hat, der die m i t h a n d e l t e n Arbeiter ebenso mild behandeln würde, wie im Vorjahre die hierlichen Barrikadenkämpfer und Unratschleuderer von den bretonischen Richtern behandelt wurden.

Das Verhalten der Behörden hat natürlich die Hartnäckigkeit der Aktiengesellschafts-Verwaltung gesteigert. Sie wartet auf die Folgen der Aushungerung und der militärischen Einschüchterung. Dabei hat sie im letzten Jahre 6 Proz. Dividenden verteilt.

Die bürgerlichen Blätter wissen von einer teilweisen Wieder-aufnahme der Arbeit, von gewalttätigen Versuchen seitens der Streikenden und von der rettenden „Kaltblütigkeit“ der Truppen zu melden. Nach den neuesten Nachrichten von gewerkschaftlicher Seite bleibt die Solidarität der Arbeiter ebenso unerschütterlich wie bisher.

Die Arbeiterbewegung in Südrussland gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Nun haben auch in den Werkstätten der Südwest-bahnen und auf der Station Riwo die Arbeiter ihre Tätigkeit ein-gestellt, ebenso auf der nahe gelegenen russischen Maschinenbau-fabrik. Der Bahnhof und die Werkstätten sind von einigen Bataillonen Infanterie besetzt worden. Der Bahnverkehr ist nicht unterbrochen.

Ueber die Auslandsbewegungen in Spanien liegen folgende offiziöse Nachrichten vor: In Sevilla warfen Ausständige mit Steinen nach den Straßenbahnwagen; in Saragossa mußten mit Gewalt gegen die Menge vorgehen. — In Gaudarra gelang es dem Präfekten, die Scharen der Ausständigen auseinanderzutreiben zu lassen. — In Alcoy beschädigten die Streikenden die Fabriken; Militär hält die bedrohten Punkte besetzt. — In Barcelona hat sich die Lage bedrohlicher gestaltet; vielfach werden Arbeitswillige von Ausständigen angegriffen.

„Erpressungsmethoden“ amerikanischer Gewerkschaften.

Unter diesem Stichwort ging dieser Tage eine Mitteilung durch die bürgerliche Presse, zufolge welcher sich die Führer der amerikani-schen Gewerkschaften große Uebergriffe hätten zu Schulden kommen lassen. Lawrence Murphy, der Schachmeister der Gewerkschaft der Steinmetzgehilfen, wurde der Unterschlagung von Geldern beschul-digt, die er von den Arbeitgebern unter Androhung von Streiks „er-press“ habe. Der „Daily Telegraph“ und durch seine allzu große Wahrheitsliebe bekannte „New York Herald“ und ihre Nachbeter deutscher Zunge verbreiteten Gerüchtfächeln, wonach die organi-sierten Amerikaner von dem „Genossen“ Roosevelt das Verprechen „erpressen“ wollten, den Vorarbeiter Miller nicht wieder in der Reichsdeuderei zu Washington, wo er sich bei seinen Kollegen miß-liebig gemacht habe, anzustellen. Es wurde ein Mitglied der Be-reinigung der Arbeitgeber im Baugewerbe citiert, der beweisen sollte, daß beim Bau des Ansonia-Hotels allein 200 000 Mark mit Streik-androhung erpreßt worden seien. Die Sache wäre bei diesem Bau so weit gegangen, daß die Führer einfach ins Raubureau gekommen seien mit der Forderung, „wir benötigen heute 2000 Mark und müssen diesen Betrag in bar haben“ usw. mit Gracie.

Diese Geschichten tragen den Stempel der Erfindung an der Stirn, denn der smarte Yankee-Unternehmer versteht seine Taschen ebensovotig zuzuhalten, wie sein deutscher „Bruder in Christo“. In-dessen, diese Behauptungen, die lediglich den Zweck verfolgen, auch hier zu Lande die Gewerkschaftsführer zu verächtlichen, sind in-zwischen noch weiter ad absurdum geführt worden. Am 29. Juli ist in New York der Fall Murphy zur Entscheidung gekommen. Wie uns aus einem längeren Privattelegramm mitgeteilt wird, lautete das Urteil zu gunsten der Gewerkschaften. Der Districtrichter Jerome, welcher darüber zu befinden hatte, hielt die Anschuldigungen nicht nur nicht für erwiesen, sondern er legte auch gleichzeitig noch den für die amerikanischen Gewerkschaften bedeutungsvollen Grund-satz fest, daß selbst, wenn die Annahme von Geldern bedarfs Ver-hinderung oder Hinausschiebung eines Streiks erwiesen wäre, die Gewerkschaft doch dabei vollständig auf legalem Boden sich befinden würde. „Die Gewerkschaften“, führte er aus, „benützen ihre ökonomischen Kräfte, um bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erzielen. Sie haben, wie jeder amerikanische Bürger, ein volles Recht darauf, alles zu nehmen was sie bekommen können (they are entitled to take all they can because their employers are trying to give them as little as they can) weil auch ihre Arbeit-geber verdienen ihnen so wenig zu geben, als sie können. Es sei niemals „brüderliche Liebe“, welche die Höhe der Arbeitslöhne be-stimme. Gewalttätige und kriminelle Methoden seien mit absoluter Strenge zu bekämpfen, aber es liege keine Veranlassung zu einem Einschreiten für das Gericht vor, wenn die Gewerkschaften lediglich von ihrer ökonomischen Nachsicht Gebrauch machen.“

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste!

Berlin, vierter Wahlkreis Südost. Mariannen-Festsaal, Mariannen-Ufer 2, stehen jetzt der Arbeiterschaft zu Ver-sammlungen u. zur Verfügung.

Reinickendorf. Die „Berliner Sängervereinigung“ veranstaltet am Sonntag, den 9. August, im Kaiser Friedrich-Garten, früher (Säp), ein Konzert, zu welchem man ver-lacht, Willets in Arbeiterkreisen umzusetzen. Wir machen darauf auf-merksam, daß obiges Lokal der Arbeiterschaft zu Ver-sammlungen u. nicht zur Verfügung steht, ersuchen daher, das Vergnügen streng zu meiden und die angebotenen Willets zurück-zuwenden. Die Lokal-Kommission.

Lokales.

„Sonnensbrüder“.

Berlin soll die schönste Stadt der Welt werden! Bis zu einem gewissen Grade ist sie's schon. Im Innern bis auf eine einzige blaue Vene, die noch den letzten Verzweigungskampf gegen die alles auffaugende rote Futwelle „Lämpst“, rollt in allen ihren Schlagadern lebendig pulsierendes Blut, und ihr Neuheros zeigt ein laubfreies, glänzendes Angesicht, dessen Jügel sie täglich wiederholt mit den roten Wasserwagen waschen und bürtzen läßt. Ganz besonderen Wert legt die Stadt auf ihre zahlreichen Schmuck- und Parkanlagen, die in ihrer herrlichen Blau- und Blütenpracht eine Augenweide sind sowohl für die Gläu-bigen, die in sorglos heiterer Ruhe langsam vorbeipromenieren oder auf den Automat-Stühlen einen Augenblick Platz nehmen, als auch für die minder oder gar nicht Vegetierten, die auf den langen Ruhe-bänken sich niederlassen. Sie dürfen sich über die schön gepflegte Pflanzenwelt freuen, alle ohne Ausnahme, auch die zerlumpten Ge-stalten, die die satte Welt mit verächtlichem Achselzucken, ohne lange nach dem Grunde zu fragen, warum sie so tief sanken, „Stromer“ nennt, „Bagabunden“, „Pam- oder „Sonnensbrüder“. — Die aller-meisten von ihnen waren wohl nie in einem Verein oder in einer Versammlung und wissen wenig von dem großen Befreiungskampf ihrer zielbewußten, organisierten arbeitenden Verb.: Durch

fortdauernde Arbeitslosigkeit, mangelnde Nahrung und Kleidung lassen sie mehr und mehr herunter und sanken, im Alkohol-Verdunstung ihres Glanzes suchend, ohne daß ihnen die bürgerliche Gesellschaft eine Stütze, einen Halt bot, von Stufe zu Stufe immer tiefer hinab bis in den Schlamm der Straße, aus dem ein Wiedererheben um so schwieriger, je leichter die lodende Gelegenheit und eine alle Moralbegriffe erstickende Atmosphäre ein völliges Versinken ins Verbrechertum machen.

Welch eine Summe produktionsfähiger Arbeitskraft verliert alljährlich das Deutsche Reich, dessen nationalökonomische Weisen wohl die Züchtung von 6000 Millionären und die Anwerbung italienischer, böhmischer, polnischer und russischer Lohnbrüder verstehen, aber nicht im Stande sind, für die 250 000 alljährlich als „Vagabunden“ auf die Straße Geworfenen Arbeit zu beschaffen. — Wenn wir sie so dastehen sehen auf den langen Bänken, eng aneinander gepreßt, meist gebrochene, hinfällige, aber auch gesunde, robuste Gestalten, in allen Altersstufen von 17—70 Jahren, wie sie in fortwährendem Kampfe gegen den Schlaf von den sengenden Sonnenstrahlen sich bräunen lassen und beim Nagen des mit dem wichtigsten Bedenkamt betrauten Schutzmannes gegenständig sich wachstoben — der Menschheit ganzer Jammer faßt uns an, aber zugleich ein heißes Gefühl sittlicher Enttäuschung über die armseligen Nachhaber und kläglichen Anwälte einer Gesellschaftsordnung, deren Weisheit Quälens mit der Order endet: „Uebertreibung an die Landespolizeibehörde!“ — An das „Armenhaus!“

Selbst Berlin, die Hauptstadt des Reichs der Gottesfurcht und frommen Sittlichkeit mit ihren unzähligen Kirchen, die mit den schönsten Schmuckanlagen umgeben sind, weiß diesen Verarmten nicht anders zu helfen. Des Winters fällen sie die Ähne und in den Sommermonaten schlafen sie in den Gainen oder, wenn eine Nazzia zu vermuten ist, an den stillen Kirchenmauern unter den dunklen Gebüsch der städtischen Anlagen. Am Tage dürfen sie auf den Bänken ausruhen; nur schlafen dürfen sie nicht. Aber mit offenen Augen dürfen sie zuschauen, welche liebevolle Sorgfalt, welche rastlose Mühe die schönste Stadt der Welt auf die Pflege aller einheimischen, besonders aber der teuren südländischen Pflanzen und Sträucher ihrer Schmuckanlagen verwendet. Mit offenen Augen dürfen sie zuschauen, wie die schönste Stadt der Welt die grünen Rasenflächen monatlich mehrmals rasieren läßt und durch eiserne Einfassungen und Drahtgefächte gegen jede Verletzung schützt. Mit offenen Augen dürfen sie zuschauen, wie von der schönsten Stadt der Welt rings um jede Pflanze das Erdreich bettenweilig aufgelodert, von Unkraut befreit, mit frischer Nahrung gedüngt und getränkt wird, wie Blätter und Stengel von Raupen und Blattläusen gesäubert werden — das alles dürfen die „Sonnenbrüder“ kostenlos mitanschauen; aber wehe ihnen, wollten sie von der schönsten Stadt der Welt eine nur halb so gute Behandlung verlangen, wie man sie den Pflanzen angedeihen läßt, da kämen sie schon an: „Uebertreibung z.“ wäre die Antwort!

Und doch, hätte nicht jeder ein Recht, diese Forderung an die Gesellschaft zu stellen? Hat sie ihm gegenüber ihre Pflichten erfüllt? Hat sie ihn in seiner Jugend wie eine junge Pflanze gepflegt und behütet? Wie man sich einer mag nicht ohne Verächtlichkeit in finsternerem Groll die erbitterten Worte Verangers auslösen dürfen:

„Ihr hättet mich erbrüden sollen, wie ich das Licht der Welt erblickt; Ihr hättet mich erziehen sollen, wie sich's für einen Menschen schickt; Ich wäre nicht der Dumme geworden, den ihr euch abzuwehren such; Ich hätt' euch brüderlich geholfen und euch im Tode nicht gesandt.“

Auch die „Vagabunden“, den „Sonnenbrüder“ wird die Stunde der Erlösung schlagen; freilich nicht unter dieser Gesellschaftsordnung, wohl aber wenn die rote Sonne der Gerechtigkeit fliegend emporsteigt und alle Kinder der Finsternis in Söhne des Lichtes verwandelt, in Brüder der Sonne! —

Die Landes-Versicherungsanstalt Berlin teilt mit, daß gegen das Vorjahr die Ablehnungen von Invalidenrenten-Anträgen um rund 10 Proz. gestiegen sind. Die Ablehnungen wegen Erlöschens der Anwartschaft treten immer mehr in den Vordergrund, weshalb die Versicherten darauf aufmerksam gemacht werden, regelmäßig Marken zu stellen, da sie sonst ihrer Ansprüche aus der Versicherung verlustig gehen. Die Anwartschaft erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte bezeichneten Ausstellungstag ein die Versicherungspflicht begründendes Arbeits- oder Dienstverhältnis, oder die Weiterversicherung nicht oder in weniger als insgesamt 3 bzw. 20 Beitragswochen bestanden hat. Bei der Selbstversicherung und ihrer Fortsetzung müssen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft während zweier Jahre mindestens 40 Beiträge entrichtet werden.

Ein böser Austritt gab es am Montagmorgens in der Steinmännchenstraße. Um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr fuhren fünf Mädchen und drei Juhälter, die eine Spazierfahrt gemacht hatten, vor der Schankwirtschaft von Carl in dem Hause Nr. 114 vor und ließen die drei Droffeln vor der Thür halten. Auch die Kutscher gingen einer nach dem anderen ob und zu in das Lokal hinein. Als nach einer halben Stunde Polizeiwachmeister Groß vom 90. Revier vorbeikam, forderte er die Kutscher auf, weiter zu fahren, da an der Schankwirtschaft kein Halteplatz sei. Sie hätten schon zu lange dagestanden und hemmten den Verkehr. Da einer der Kutscher gerade in der Schankstube war, so rief er auch diesem die Aufforderung durch die Thür hinein. Sofort sprangen nun die fünf Weiber und ihre Juhälter auf, liefen hinaus und umringelten unter Schimpfen den Wachtmeister mit geschwungenen Schirmen und Stöcken. Der Bedrohte, der einige Schläge erhielt und dem die Durschen den Säbel entreißen wollten, erhielt auf sein Notzeichen alsbald Hilfe von zwei Schutzmännern, die am Platz standen. Das Gesindel zog sich nun in die Wirtschaft zurück, wurde aber, nachdem noch zehn Schutzmänner von der Wache gekommen waren, herausgeholt und nach der Revierwache in der Demminstraße gebracht, um der Kriminalpolizei zugeführt zu werden. Ungefähr zwei Stunden später umstellte die ganze verfügbare Mannschaft die Schänke, hob sie zum zweitenmal aus und brachte noch vier Mädchen und ebenso viele Männer nach der Wache. Hunderte von Menschen, Erwachsende und Kinder, machten vor dem Lokal, auf dem Wege zur Wache und vor dieser durch Pöbeln und Pfeifen einen Heidenlärm. Wachtmeister Groß ist durch die Schläge nur leicht verletzt.

Die Kasse der Firma David Grove, Friedrichstraße, wollen in diesem Jahre wieder eine Dampferpartie unternehmen, wie es für den Betrieb schon seit längerer Zeit üblich war. Nun wird aber ein sanfter Druck auf die Arbeiter ausgeübt, bei dieser Gelegenheit ein gesperres Lokal in Rauchfangverder zu besuchen. Die Firma würde jedenfalls gut thun, den Arbeitern die Wahl eines Lokals selbst zu überlassen, ehe es deswegen noch zu Differenzen kommt.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche der 40 Jahre alten Arbeiterfrau Emma Linke geb. Schiller aus der Fehrbellinerstr. 30. Als ihr Mann gestern mittag zum Essen nach Hause kam, fand er sie tot in der Wette liegen. Die bis dahin ganz gesunde kinderlose Frau hatte morgens über Brustschmerzen geklagt. Der Arzt, der ihren Tod feststellte, konnte die Ursache ihres Ablebens nicht angeben.

Wenn man keinen Hauschlüssel hat. Der 44 Jahre alte Arbeiter August Herfort aus der Schliemannstraße 16 besuchte am Sonnabendabend mit seinem zwei Jahre jüngeren Bruder mehrere Schankwirtschaften und kam um 1 Uhr nachts nach Hause. Erst im letzten Augenblick merkte er, daß er den Hauschlüssel vergessen hatte. Vor der Thür stand nun gerade der 36 Jahre alte Schutzmacher Emil Herrmann, der sich vor einem Freunde verabschiedete und eben in das Haus zurückkehren wollte. Herfort nahm von seinem Bruder

Emil, der nach der Ebelingstraße weiterging, rasch Abschied und hat Herrmann, ihn mit einzulassen, da er den Schlüssel vergessen habe. Herrmann kannte ihn aber nicht, obwohl beide seit zwei Jahren in demselben Hause wohnen, und weigerte sich daher, ihn durchzulassen, weil sonst jeder mit einem solchen Anliegen kommen könne, um sich einzuführen. Jetzt versuchte es der Abgewiesene mit Gewalt. Sein Bruder, der den Wortwechsel hörte, kam zurückgelaufen und stand ihm bei, während Herrmann von seinem Freunde Unterstützung erhielt. Bei Widerstreben stemmten sie mit Händen und Füßen gegen die Haustür, um sie aufzubrechen, hatten aber keinen Erfolg. Das Ende dieses Kampfes war, daß August Herfort der rechte Finger der rechten Hand zerquetscht wurde und sein Bruder zwei Messerstücke in den Kopf erhielt. Die Verletzten zogen sich nun zurück, erhielten auf der nächsten Unfallstation einen Verband und liegen dann von einem Wächter die Thür aufschließen. Während die Kopfverletzungen Emils weniger bedenklich sind, mußte August Herfort gestern ein Krankenhaus aufsuchen. Wer gestochen hat, ob Herrmann oder sein Freund, steht noch nicht fest. Die Angelegenheit beschäftigt jetzt die Kriminalpolizei. Herfort und Herrmann sind beide Familienväter und waren bisher ganz ruhige und friedliche Menschen.

Bermüht beim Angeln ertrunken ist der Tischler Paul Schulz aus Köpenick. Schulz war am Sonnabendabend aus seiner Wohnung Bahnhofsstr. 7 fortgegangen, um zu angeln, wie er zu seinen Verwandten sagte. Jedenfalls ist er infolge des herrschenden Sturmes von den Wellen in die Fluten der Spree gerissen worden, da er bis zur Stunde noch nicht zurückgekehrt ist.

Ein gefährlicher Bursche ist vorgestern abend in der Person des 24jährigen Hausdieners W. der 18. Polizeiwache in der Königstraße zugeführt worden. Als gegen 11 Uhr die Frau eines Hausbesizers aus der Alten Schützenstraße auf dem Nachhausewege begriffen, die Gollnowstraße an der Neuen Königstraße passierte, wurde sie von W. angesprochen und thätlich belästigt. Als die Dame ein derartiges Betragen zurückwies und gegen den Zudringlichen abwehrte, die rechte Hand emporstreckte, verlegte ihr der rohe Patron mit einem Stoß einen derartig wichtigen Hieb über den Arm, daß die Haut aufriß. Ehe W. noch zum zweitenmal zuschlagen konnte, wurde er von Passanten festgehalten. In diesem Augenblick kam ein Herr hinzu, welcher in dem Hausdiener einen Burschen erkannte, der kurz vorher in der Zimern- und in der Reudolfsplatzstraße Frauen belästigt hatte. Seiner Festnahme hatte er sich jedoch in diesen beiden Fällen durch die Flucht entzogen. Die Erbitterung der angesammelten Menschenmenge gegen den rohen Patron steigerte sich durch diese Mitteilung derartig, daß sofort ein Akt der Lynchjustiz an ihm vorgenommen wurde. Aus verschiedenen Wunden blutend wurde dann W. der zuständigen 18. Polizeiwache zugeführt.

Nach dem Genuß von Pfefferlingen erkrankt ist die Familie des Kaufmanns K. in der Reibelstraße, die gelegentlich eines Ausfluges nach Hermsdorf die ehbaren Pilze gesammelt hatte. Jedenfalls muß jedoch ein Giftpilz darunter gewesen sein, denn gestern nachmittag, nachdem die K. Familie die Pfefferlinge verzehrt hatte, erkrankten sämtliche Mitglieder unter Vergiftungserscheinungen. Einem sofort hinzugerufenen Arzt gelang es, durch Anwendung geeigneter Gegenmittel jede Lebensgefahr zu beseitigen. Die Erkrankten befinden sich wieder auf dem Wege der Besserung.

Fahrschlund. Am Montagvormittag zwischen 8 und 9 Uhr ereignete sich in der Zapetenfabrik von Liepmann, Strelitzerstr. 60, ein furchtbares Fahrschlundunglück. Als zur erwähnten Zeit der Arbeiter Müller im dritten Stock Papier auf den Fahrstuhl laden wollte, riß das Drahtseil, woran der Fahrstuhl befestigt war. Der Fahrstuhl stürzte, den Arbeiter Müller mit sich reisend, in den Keller hinab. Mit schweren Verletzungen an Kopf, Armen und Beinen wurde Müller hervorgezogen. Die Verletzungen erwiesen sich als so schwere, daß der Verletzte unter den Händen des Arztes, ohne die Befähigung zurückerlangt zu haben, starb. Die Leiche wurde im Lauf des Vormittags nach dem Schauhause übergeführt.

Der Große Preis von Berlin. Eine erstklassige internationale Konkurrenz wird am Sonntag, 23. August, im Sportpark Friedenau in dem 100 Kilometer-Rennen um den Großen Preis von Berlin verhandelt sein, in welchem die außerordentlich hohen Barpreise von 3000, 1500, 1000, 750, 500 und 300 Mark ausgezahlt werden sind. In erster Linie sind der ausgezeichnete Franzose Contentet, der Inhaber des Stunden- und 100 Kilometer-Weltrekords, und Thaddäus Kobl, unser bester deutscher Sieger und Weltmeisterfahrer pro 1901 und 1902, zu nennen, deren Start sich die Friedenauer Direktion rechtzeitig zu sichern gewußt hat. Als schärfster Gegner wird sich dem beiden der Holländer Piet Dikentmann entgegenstellen, der am letzten Sonntag betwiesen hat, daß er überaus schnell und jeder Konkurrenz die Spitze bieten kann. Das Scherfeld, welches den Großen Preis betreiben soll, wird durch Götzmann, Käfer und Nyser vervollständigt.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Von religiösem Wahnsinn befallen worden ist eine in der Jägerstraße hier selbst wohnhafte Frau Anna A. Dieselbe besuchte längere Zeit sehr eifrig die religiösen Versammlungen einer kleinen Sekte, die sich „Adventisten“ nennen. Die Folge hiervon war, daß die Aermte schließlich Spuren von Geistesgestörtheit zeigte und sich „Jion, die Dienerin Gottes“ nannte. Weil sie wiederholt in der Sekte Kergeris gab, schloß man die A. schließlich aus. Seitdem versucht die Unglückliche die „Welt zu belehren“. Von früh bis spät sitzt sie und beschreibt ganze Stöße Pöbeln mit Widelweibern und allerhand phantastischen Erzählungen über ihre Verfolgung, die sie dann an alle Welt verspricht. Die Unterschrift dieser Pöbeln lautet: „Jion, Verwalterin des Reiches Christi und Revisorin des Gesetzes“. Da die Familie der Unglücklichen unter deren Krankheit viel zu leiden hat, will man jetzt versuchen, die Kranke in einer Nervenheilanstalt unterzubringen. — Die Wahl des Magistrats-Affessors Hoffmann in Berlin zum bevollmächtigten Stadtrat in Rixdorf ist jetzt vom Regierungspräsidenten in Potsdam bestätigt worden. Herr Hoffmann wird sein hiesiges Amt demnächst antreten. — Vom hiesigen städtischen Arbeitsnachweis wurden im Monat Juli von 218 Arbeitgebern insgesamt 205 Personen zur Beschäftigung gesucht und zwar: 34 Handwerker, 22 Fabrikarbeiter, 95 ungelernete Arbeiter, 31 Dienstmädchen, 23 Fabrikarbeiterinnen, 22 ungelernete Arbeiterinnen und 33 jugendliche Personen unter 16 Jahren. Beschäftigung suchten 381 Personen, nämlich 102 Handwerker, 78 Fabrikarbeiter, 201 ungelernete Arbeiter, 11 Dienstmädchen, 22 Fabrikarbeiterinnen, 38 ungelernete Arbeiterinnen und 49 jugendliche Personen unter 16 Jahren. Hiervon erhielten 230 Personen Arbeit nachgewiesen und zwar: 31 Handwerker, 22 Fabrikarbeiter, 93 ungelernete Arbeiter, 11 Dienstmädchen, 20 Fabrikarbeiterinnen, 22 ungelernete Arbeiterinnen und 31 jugendliche Personen unter 16 Jahren. In 190 Fällen wurde der Fernsprecher zur Vermittlung benutzt.

Auf der Adrennbahn geführt ist der 26 Jahre alte Rennfahrer Fritz Wimmermann aus Breslau, Kupferschmiedstr. 48, der hierher gekommen war, um sich auf der Friedenauer Bahn für die nächsten Preisrennen vorzubereiten. Er zog sich am Kopf, an den Armen und an den Beinen so bedeutende Verletzungen zu, daß er ein Krankenhaus aufsuchen mußte.

Borsken. Am Montagabend hat der Mechaniker Reinhold Brüssel, wahrscheinlich auf dem Wege von der Rheinstraße in Friedenau nach dem Bahnhof Wilmsdorf, ein Notizbuch mit Beitragsmarken des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verloren. Bei Abgabe des Fundes auf dem Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Engel-Platz 15, wird dem ehrlichen Finder die Vergütung aller Unkosten zugesagt.

Gerichts-Zeitung.

Der Kampf des Amtsvorstehers gegen den Umsturz. Am Sonnabend, den 1. August, mußte sich der Reichslandtags-Abgeordnete Fritz Zubeil vor dem königlichen Schöffengericht in

Köpenick verantworten; derselbe war angeklagt, am 20. April 1902 in Müggelheim in einer Volksversammlung durch zwei selbständige Handlungen:

1. die Gendarmen Herzholz und Brodmann öffentlich beleidigt zu haben;

2. den Amtsvorsteher v. d. Deden in Schmöckwitz in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt und verächtlich gemacht zu haben. Beide Strafthaten wurden zusammen verbunden. Der Angeklagte, der sich selbst verteidigte und auch ohne Zeugen erschienen war, bestritt, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Die beiden als Zeugen geladenen Gendarmen sagten unter ihrem Eide aus, daß der Angeklagte seinen Vortrag sehr sachlich und ruhig gehalten und erst in seinem längeren Schlußwort in eine gereizte Stimmung geraten sei durch die Belanntgabe, daß der Gastwirt Weig aus Strafe dafür, seinen Saal den Socialdemokraten geöffnet zu haben, auf die Polizeistunde gesetzt sei. Hier habe der Angeklagte ausgeführt, nach Verfassung und Gesetz sei jeder Preuze berechtigt, sich zu jeder Zeit ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, nur die beiden Beamten machten eine Ausnahme, trotzdem sie die überflüssigsten Menschen seien. Hier sei die Versammlung in großes Gelächter ausgebrochen. Der Angeklagte bestritt diese wider sinnige Aeußerung auf das lebhafteste, zeigte an der Hand von Erfahrungen, wie schwer es sei für die Beamten, die nicht steno graphieren können, einem Vortrage mit Schlußwort ca. 2 $\frac{1}{2}$ Stunden verständig zu folgen. In der Regel würden einige Sätze aus dem Zusammenhang herausgegriffen und darauf die Anklage basiert. Der Angeklagte führte ferner aus, daß er diese beleidigende Aeußerung nicht gethan haben könne, da ihm doch bekannt sei, daß die Anwesenheit der überwachenden Beamten keine willkürliche, sondern durch das Vereinsgesetz bedingte sei. Wohl habe er im Laufe seiner Ausführungen die Aeußerung gethan, daß, so gut in Konser vationen und auch in anderen bürgerlichen Versammlungen es sehr gut ohne Gendarmen gehe, auch die Socialdemokraten dieselben sehr wohl entbehren könnten und für überflüssig in unsren Versammlungen halten, doch hätten sie ein Recht dazu. Die beiden Gendarmen blieben bei ihrer Aussage, und somit war dieser Teil der Anklage erledigt.

Die Verhandlung wegen Beleidigung des Amtsvorstehers gestaltete sich interessant. Dem Angeklagten stand ein großes Belastungsmaterial gegen den Amtsvorsteher zur Verfügung; alles Nachregelungen von Gastwirten, die durch die Umstände gezwungen wurden, gleiches Recht zu üben und auch der Socialdemokratie ihre Lokale zu Versammlungen öffneten, so in Müggelheim, Eichwalde, Zeuthen, Schmöckwitz ufm. Durch geschickte Fragestellungen des Angeklagten wurde der Amtsvorsteher stark in die Enge getrieben. In Verantwortung der gestellten Fragen kam es zu einem interessanten Bestandnis des Amtsvorstehers. Derselbe führte aus, daß er es für seine Pflicht erachte, die Anhänger der Umsturzpartei zu bekämpfen und auch diejenigen Wirt, die der Umsturzpartei ihre Lokalitäten zur Verfügung stellen, auf die Polizeistunde zu setzen; auch sei es ja bekannt, daß in den Lokalen, wo Socialdemokraten verkehren, dieselben leicht zu Ausschreitungen neigten, schon aus diesem Grunde im Verein mit Schankkonventionen rechtserichtigte sich Beschränkungen. Im übrigen könne er auf die einzelnen Fälle eine Auskunft augenblicklich nicht geben. Hiermit war auch in diesem Teile der Anklage die Verurteilung abgeschlossen.

Der Anwalt führte in seinem Plaidoyer aus, der Angeklagte neige, wie seine Vorträge ergaben, sehr leicht dazu, Beamte wie die Gendarmen in Ausübung ihres schweren Amtes zu beleidigen; er beantrage für die Beleidigung der beiden Gendarmen die Strafe auf 100 Mark oder 10 Tage Gefängnis festzusetzen. Die Beleidigung des Amtsvorstehers sei eine sehr schwere, der Angeklagte habe mit Uebertreibung gehandelt und den Amtsvorsteher nicht nur in der öffentlichen Meinung herabzusetzen versucht, sondern ihn auch verächtlich gemacht. Es sei durch nichts bewiesen, daß der Amtsvorsteher sich eines Mißbrauches der Amtsgewalt schuldig gemacht habe, er beantrage daher, da hier eine Geldstrafe nicht am Platze sei, 1 Monat Gefängnis.

In seiner Verteidigungsvrede ging der Angeklagte mit dem Amtsvorsteher scharf ins Gericht. Er wies die Beleidigung gegen socialdemokratische Arbeiter zurück und kennzeichnete die Amtshandlungen des Amtsvorstehers scharf; er bestritt noch einmal, die beiden Gendarmen als überflüssige Menschen hingestellt zu haben. Er habe in der Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, weshalb ihm hier der § 193 des Strafgesetzbuches zugestimmt werden müsse. Er beantrage in beiden Fällen seine Freisprechung.

Nach längerer Beratung wurde das Urteil dahin verkündet, daß der Angeklagte wegen Beleidigung des Amtsvorstehers freigesprochen sei und die Kosten für diesen Teil der Anklage der Staatskasse aufzuerlegen seien; wegen Beleidigung der Gendarmen sei er zu einer Geldstrafe von 50 Mark und in die Kosten zu verurteilen.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus, durch die beschworene Aussage des Amtsvorstehers sei er zu sehen, daß Gastwirten seines Amtsbezirks, die den Socialdemokraten ihre Lokale zur Verfügung stellen, gemahngelt worden seien. Es mußte dem Angeklagten der § 193 des Strafgesetzbuches zugestimmt werden und es war der Angeklagte deshalb freigesprochen worden.

Kammergericht. Die ministeriellen Vorschriften, welche auf Grund der Gewerbe-Ordnung in ihrer neueren Fassung über den Gewerbebetrieb der Auktionsform erlassen sind, verbieten es den Versteigern, neben ihrem Gewerbe bestimmte andre Gewerbe zu betreiben, und machen den Nebenbetrieb weiterer Gewerbe von einer behördlichen Erlaubnis abhängig. Ein Auktionator war bestraft worden, weil er ohne besondere Erlaubnis neben der Versteigerung von Gegenständen auch den Verkauf solcher vollzogen hatte. Das Kammergericht verwarf seine Revision und erklärte die ministeriellen Vorschriften für rechtsgültig. Sie gingen über die durch die Gewerbe-Ordnung ermöglichte ministerielle „Regelung“ des Geschäftsbetriebes der Auktionatoren nicht hinaus.

Verfammlungen.

Der Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin) hielt am Montag in Kellers großem Saal seine stark besuchte ordentliche Generalversammlung ab. Den gedruckt vorliegenden Kassensbericht vom zweiten Quartal gab Pehold, Demnach balanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse unter Uebertreibung eines Betrages von ca. 15 000 M. aus der Lokalkasse in der Summe von 156 325,41 M. In der Lokalkasse verbleibt ein Bestand von 125 569,37 M. An Streif- und Nachregelungs-Unterstützung wurde in diesem Quartal die beträchtliche Summe von ca. 95 000 M. verausgabt. Die Ausgaben für Rechtschutz betragen 5960,70 M. und an Ortsunterstützung 20 706,80 M. An der Diskussion über den Kassensbericht, die sich im wesentlichen um die Erzielung größerer Ersparnisse drehte, beteiligten sich Litzin, Cohen, Wiententhal und Pehold. Allgemein anerkannt wurde dabei die Notwendigkeit der Ausgaben für Rechtschutz, weil durch die gerichtlichen Entscheidungen in vielen Fällen die Unrechtmäßigkeit der polizeilichen Strafbefehle betreffs des Streifenpostens dargethan worden ist und die streikenden Arbeiter der Berliner Polizei gegenüber ihr gutes Recht alda gewahrt haben, wo es ihnen unter Berufung auf die Straßenspolizei-Verordnung zum guten Teil illusorisch gemacht werden sollte. Dem Kassensbericht wurde auf Antrag der Revisoren alsdann Decharge erteilt. — Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hat die kürzlich vorgenommene Erhöhung der Beiträge auf den Mitgliederbestand einen nachteiligen Einfluß nicht ausgeübt, der Verwaltungsstelle gehören gegenwärtig ca. 37 000 Mitglieder an. Die vorgenommenen Ergänzungsarbeiten zur engeren Ortsverwaltung ergaben folgendes Resultat: 2. Bevollmächtigter: Wiententhal; Kassierer: Pehold; 2. Kassierer: Hennig; Bureaubeamter: Zubatsch. Die Erledigung der übrigen Tagesordnung sowie die endgültige Wahl der Revisoren wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Eine Branchenversammlung der Schraubendreher, die leidlich gut besucht war, tagte am 27. Juli in Graumanns Festsaal. Zunächst berichtete der Kollege Jellenberg über den Verbandstag. Die Diskussionsredner waren allgemein der Ansicht, daß die Berliner Delegierten unter den gegebenen Verhältnissen alles gethan hätten, um die Interessen der hiesigen Mitglieder zu wahren, als hart wurde der Beschluß: Die Ertragsbeiträge für Monat Juni auch den Arbeitslosen von ihrer Unterstützung abzugeben, bezeichnet. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Delegierten hauptsächlich den Berlinern etwas mehr Idealismus hätten beweisen können, indem sie zu Gunsten der Arbeiter auf einen Teil ihrer Diäten verzichtet hätten. Abfällig kritisiert wurde auch der Beschluß, das Protokoll des diesmaligen Verbandstages für 25 Pf. zu verlaufen (die früheren kosteten 10 Pf.). Hierauf berichtet Kollege Jellenberg über die Tätigkeit der Agitationskommission. Trotz reger Arbeit ist es derselben nicht gelungen, die geradezu trostlosen Arbeitsverhältnisse in den Schraubendrehfabriken wesentlich zu bessern. Neben starkem Arbeitsmangel trug auch die Interesslosigkeit der Kollegen einen großen Teil der Schuld an dem negativen Erfolge der Tätigkeit der Kommission. Die 68 abgehaltenen Werkstatt-Versammlungen mußten größtenteils zur Agitation verwandt werden. Der Kassierer gab bekannt, daß sich während seiner Amtstätigkeit (1. September 1902 bis 26. Juni 1903) 210 männliche und 48 weibliche Kollegen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband aufnehmen ließen, und richtete das Ersuchen an die Anwesenden, mehr als bisher die alle vierzehn Tage stattfindende Morgenprache zu besuchen und dafür Sorge zu tragen, daß möglichst alle Kollegen, hauptsächlich alle Vertrauensleute, die Beiträge bei dem Branchen-Kassierer abrechnen, um der Kommission die Agitation zu erleichtern. Als Agitationskommissionen-Mitglieder wurden die Kollegen Jellenberg, Krause, Krenz und Prädert gewählt. Unter Werkstattangelegenheiten wurden hauptsächlich die ungemein niedrigen Accordlöhne bei den Firmen Revier u. Weise und Stärke kritisiert. Nachdem noch beschlossen war in Zukunft möglichst alle 8 Wochen eine Branchenversammlung abzuhalten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend hielt am 26. Juli eine außerordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Kassierbericht war zu entnehmen, daß die Einnahme vom I. Quartal 20 278,58 M., Ausgabe 17 820,00 M., Bestand am Schlusse des I. Quartals 2450,58 M.; vom II. Quartal Einnahme 17 020,48 M., Ausgabe 14 007,08 M., Bestand am Schlusse des II. Quartals 3018,40 M.; Reservefonds 3 1/2 prozentige Berliner Stadianleihe 49 100 M.; Gesamtsumme am Schlusse des II. Quartals 52 118,48 M. Der Ausschuß befragte die Abrechnung und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf wurde der vom Vorstand und Ausschuß ausgearbeitete Statuentwurf, welcher der Versammlung vorlag, nach kurzer Diskussion angenommen. Derselbe tritt, wenn ihn die Behörde genehmigt, mit dem 1. Januar 1904 in Kraft. Folgender Antrag wurde angenommen: „Der Vorstand und Ausschuß wird ermächtigt, falls kleinere sowie redaktionelle Änderungen des zweiten revidierten Statuts verlangt werden, dieselben selbstständig vorzunehmen, werden jedoch in finanzieller Hinsicht größere Änderungen verlangt, so beschließt die heutige Versammlung, sich zu vertagen und wird der Vorstand beauftragt, sofort nach Kenntnisnahme, die verlagte Versammlung durch einmalige Annonce in den Publikationsorganen wieder einzuberufen.“ Als Hilfskassierer wurden gewählt für den Norden: Koch, Nordosten: Schacht, Osten: Fischer, Südosten: Fußmann, Süden: Heise, Westen: Freidank, Nordwest: Aufschid, Bedding: Drewin, Pantow: Weier, Friedrichsberg: Luster, Nördorf: Berndt, Für Charlottenburg wurde beschlossen, da es die Mitglieder nicht der Mühe wert halten, in der Versammlung zu erscheinen, von Berlin keinen Hilfskassierer zu wählen. Der Antrag Heller, die Sache dem Vorstand

zu überweisen, wurde angenommen. Hierauf wurde die Versammlung vertagt.

Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe. Heute abend 8 1/2 Uhr im Verbandslokal, Lindenstr. 96: Mitglieder-Versammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Gäste willkommen.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, 5. August, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Frauen in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstr. 75. Landleute sind willkommen.

Verband der Feinschneidenden Deutschlands, Zweigverein Berlin. Mittwoch, den 5. August 1903, abends 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Pfeffer, Rosenhalestr. 57.

Marktpreise von Berlin am 3. August 1903
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D.-Str.	—	—	Startoffeln, neue D.-Str.	8,00	5,00
„ mittel	—	—	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,50	1,30
„ gering	—	—	„ do. Bauch	1,40	1,00
Roggen, gut	—	—	Schmalzschmelz	1,60	1,10
„ mittel	—	—	Rohfleisch	1,50	1,20
„ gering	—	—	Sammelfleisch	1,50	1,30
*Gerste, gut	14,20	13,60	Butter	2,40	2,00
„ mittel	13,50	12,90	„ 60 Stück	4,00	2,40
„ gering	12,80	12,20	Karpfen 1 kg	2,40	2,00
**Haber, gut	16,40	15,20	Wale	2,80	1,40
„ mittel	15,10	14,00	Hander	3,00	1,20
„ gering	13,90	12,90	Bechte	2,40	1,20
Richtstroh	4,32	3,82	Borste	1,80	80
Heu	6,80	4,30	Edelwe	2,60	1,20
Erbsen	40,00	25,00	Blende	1,40	70
Speisebohnen	50,00	25,00	Ärbsen per Schock	18,00	3,00
Linzen	60,00	20,00			

* Kamm und Geruch.
** mit Geruch.

Eingegangene Druckschriften.

Die Ergebnisse der Reichstagswahl 1903 nach amtlichem Material. Preis 50 Pf. Verlag Hermann Schoenfeld, Dresden.

Blatt des Feuertages! Von einem alten Dissidenten. Preis 30 Pf. Darmstadt 1903. Selbstverlag Adolf Kühner, Niederramstädterstr. 62.

Offene Briefe über Gauhau- Reform, gemischt politischen Karl Deggeler und Dr. W. Bode. Preis 50 Pf. Weimar 1903. W. Bode's Verlag.

Dr. R. Wasthies. Nur den Arbeitern gegenüber ist so etwas möglich. 31 Seiten. Bielefeld 1903.

G. Lange. Volksschule und Deutschum in der Ostmark. Preis 50 Pf. Verlag H. Heimes Buchhandlung (Hugo Anders), Bielefeld.

Dr. G. Theodor Nicoladde. Die neueste Phase der macedonischen Frage. 66 Seiten. Berlin NW. 7, 1903. E. Calvary u. Co.

Die genossenschaftliche Brotproduktion. Zusammengefaßt nach Umfrage unter den Arbeitern der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien. 54. Seiten. Verlag D. Wilmann, Hamburg-Albstedt, Marktstr.

Protokoll der 6. Generalversammlung der Köpfer. 13 Kongress zu Weihen 1903. 158 Seiten. Herausgegeben von der Centralleitung des Verbandes in Berlin.

Weit und Menschheit. Hefte 37 und 38. Herausgegeben von Hans Krümer. 100 Lieferungen a 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin.

Protokoll des internationalen Steinarbeiter-Kongresses, abgehalten am 31. Mai bis 2. Juni 1903 in Zürich. Preis 25 Cent. Verlag A. Kolb, Pfortenstr. 15, Zürich.

B. Guinand. Klosterpreuel. Preis 1,50 M. München 1903. F. A. Lehmanns Verlag.

Woeris Reichshandb. Dresden und Umgegend, Sächsische Schweiz. Preis a 50 Pf. Leipzig, Woeris Reichshandverlag.

E. R. 10. Das Gedicht auf „Chosi“ und nicht bekannt. — **H. G. 100.** Einen solchen „Einspruch“ können wir Ihnen leider nicht mitteilen. — **Streitende 100.** Das sind Dinge, die außer Vergleich stehen. Individuelle Fähigkeiten und Veranlagungen geben dabei den Ausschlag. — **Stammeslich 3.** Die Jiffer bezeichnet die Maschine, durch welche die Herstellung des Brodes bewirkt wird. — **P. R. 1903,** Lauffahrer und Eisenrad. — **Haber-Brud.** Fragen Sie im „Hamburger Echo“, Jahrgang 11, an. — **Brandenburg.** Wächtig: es beruht auf einem Irrtum. — 1848. Wahrscheinlich nicht, doch fragen Sie im preussischen Kreisamtsministerium an. — **C. B. 27.** Rein. — **Holzmarktstr. 50.** Gebaut 1699—1716. — **Holz.** D. Stad am 3. Juli 1899 in Schöneberg. Beerdigt auf dem Friedhof der Freien Gemeinde, Kastanien-Allee. — **H. S. 37.** Beginn im Juli 1892, Höhepunkt im August und September, Abnahme und Erlöschen der Krankheit in den folgenden Monaten desselben Jahres. — **Dr. W. S.** Besten Dank für die Einwendung; die konjunktiven Sachen sind und schon seit längerer Zeit bekannt, es lohnt nicht, sich damit zu beschäftigen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

— **H. W. 49.** Ihre Klageverteilung im Revisionstermin ist nicht erforderlich. Es wird auch ohne diese wahrscheinlich das freisprechende Urteil bestätigt werden. — **M. R. 15.** Dagegen giebt es kein gerichtliches Mittel. Sie können nur den Weg der Güte versuchen. — **Dr. 40.** Nehmen Sie ein Anerkenntnis oder betreiben ab, weil Sie zur Unterstüßung nicht verpflichtet sind. — **H. N. 1.** Bevor Sie eine zweite Ehe eingehen, müssen Sie sich mit Ihren unmündigen Kindern auseinanderzusetzen. Den Auseinandersetzungschein erteilt das Amtsgericht. 2. Unverständlich. — **S. Z. 7.** 1. Rein. 2. Ja. — **G. Z. 10.** Nur der Vater, nicht die Mutter, bestet Ihnen für die vom Vater eingegangene Verpflichtung. — **E. G. 25.** Wiederholen Sie Ihre Anfragen. — **75275.** 1. und 2. Offenbacher Krankenliste, Brünnestr. 66 bei Platz 3. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Bahlervereins. — **Craus S. 1.** und 2. Ja. 3. Rein. — **999.** Ein Sohn oder eine Tochter sind rechtlich nur dann verpflichtet, die Eltern zu unterstützen, wenn sie bei Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen hierzu imstande sind, ohne ihren standesmäßigen Unterhalt zu gefährden. Demnach ist das Kind nicht unterstützungsverpflichtet, wenn es nicht mehr als die Kosten für seinen eigenen und seiner Familie standesmäßigen Unterhalt zu gewinnen vermag oder wenn die Unterstützung den eigenen, der Frau oder der Kinder standesmäßigen Unterhalt für die Zukunft in Frage stellen würde oder wenn durch die Unterstützung sonstige Verpflichtungen des Kindes unerschwerlich bleiben. Aus dieser rechtlichen Lage heraus ist lediglich zu empfehlen, die Erhaltung von der Armenverwaltung für Eltern veranlagter Kosten abzulassen. Etwas ganz andres ist die tatsächliche Unterstützung der Eltern, zu der jeder moralisch verpflichtet ist. — **H. N. 2.** 1. und 2. Rein. 3. Ja. — **H. R. 100.** R. R. P. S. Rein. — **G. Z. 14.** Ja. — **Wilmersdorf.** Eine bei dem Gericht angestellte Schadenersatzklage muß den Beweis antreten, daß der Tod schuldhaft verursacht ist. Eine Strafklage an die Staatsanwaltschaft hat den Tatbestand darzulegen. — **D. Z.** Nur der vererbte Lohn ist zu zahlen.

Witterungsübersicht vom 4. August 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. d. C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. d. C.
Eintriede	754	NRW	5 Regen	14	4	Haparanda	748	SD	2 wolli	13	13
Hamburg	757	SB	2 Regen	15	5	Berlin	752	SB	1 bedekt	15	15
Berlin	756	SB	4 bedekt	14	6	Gort	761	SB	4 halb bb.	16	16
Krausf. a. R.	762	SB	3 wolli	16	7	Überden	—	—	—	—	—
München	765	SB	7 halb bb.	14	14	Paris	766	SB	2 heiter	17	17
Wien	759	SB	2 wolli	17	17						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 5. August 1903.
Zunächst vielach heiter, etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später neue Trübung und leichter Regen.
Berliner Wetterbureau.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Theater. Mittwoch, den 5. August. Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues Operntheater. Der Bettelstudent.

Westen. Die Herren Söhne. Beflug. Der blinde Passagier. Deutsches. Die verunkunte Glocke. Anfang 8 Uhr:

Niederprellhaus (Kroll). Vision nach dem Balle.

Berliner. Fedora.

Aleiner. Nachhalm.

Thalia. Das Alter.

Belle-Alliance. Spezialitäten.

Carl Weh. Der Schritt einer Frau.

Apollo. Die Liebdesinfel. Spezialitäten.

Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Reichshallen. Stettiner Säger. Passage-Theater. Spezialitäten.

Urania. Taubensstrasse 48/49. Abends 8 Uhr:

Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum. Friedrichstr. 165.

!! Menschliches Doppelwesen: die zusammen gewachsenen Schwestern 20 Jahre alt, spielen Violin!

Passage-Theater. Anf. Sonntags 8 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.

Die Tritons, die besten Taucher der Welt, 5 Minuten unter Wasser ohne zu atmen.

Tilly Vorderer, Soubrette. Kapitän Martens, Kunstschtze. Ganz Berlin zerbricht sich schon den siebenten Monat den Kopf über **AGA!** 14 neue erstklassige Nummern.

Kleines Theater. Unter den Linden 44.

Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Die eine weint, die andre lacht.

Vorher: Eine Stunde Kaiser von Oestreich. Kaffeestunde von 3 Uhr ab.

Donnerstag, den 5. August 1903:
Geneß! Cony Ferrand.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Doppelkonzert.

Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der Arena:

Raubtier-Spielschule. 6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär.

Vorstellungen: Wochentags 6-7 Uhr, Sonntags 4-5, 6-7 Uhr. Eintritt: Sperrsitze 1 M., Stehplätze 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Bernhard Rose-Theater.

Gesundbrunnen, Badstraße 58. Mittwoch, den 5. August ex:

Friede auf Erden.

Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Schulz. Delbost, einbündiger Handakrobat. Karl Groth, Groteskkomiker. The 3 Amaranths, arab. Tänzerinnen. Gauri mit seinen dreißigen Dunden. Rivas und Dixas, Antipodenakt auf lebendem Biederfl.

Mary Ellys, moderne Typollenne. Richard Wagner, Koncertführer. Ballett-Gesellschaft „Saltarello“. Marie Förster, Sololängerin.

Anfang 4 Uhr. Donnerstag, den 6. August: Berbotene Wege.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Tägl. im herrl. Garten: Tägl. Grossart. Programm.

Tom Bryasly, Silhouetten. Gerasano, Gesang u. Transformation. Any Rarly, deutsch-franz. Soub. Edward Reetz, Humorist. Henriette Donneux, Vortrags-Soubrette. Bonnet-Trio, Melange-Mit. Rud. Schaus, Charakterkom.

Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9. Direktion: **H. Kalbo.**

Täglich: **Johannsanber.** Operetten-Burleske in 4 Bildern von H. Geride.

Konzert und Ball. U. a.: Oeta Waidau, Bravour-Soub. Original Eugen Millard, Tanzhumorist. Neu! **The Berlings.** Neu! die singende Luffice.

Johnke Compagnie. Transformations- u. Red. Fantomme. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Freitag, den 7. August: Benefiz für den Regisseur **Arthur Seelen.** Zur Aufführung gelangt: **Alt-Heidelberg du Feine.**

Apollo-Theater.

Täglich: **Die Liebes-Insel** mit dem sensationellen Briefmarken-Ballett. **Ein ungetreues Weib.** Rimodrama in 2 Akten, gespielt von Merians dreißigen Dunden. The Ayolos — Brothers Kaufmann. Messers Kosmograph. Neue Bilder-Zerie.

Fröhels Allerlei-Theater.

früher Puhlmann. Schönhauser Allee 148. Inhaber: **Wilhelm Fröbel.** Heute Mittwoch:

Großer Elite-Spielabend des geliebten, neu engagierten tielengroßen **August-Spielplans** **Neu! Das Bild des Vaters** Original-Vollständ. v. Anton Anno.

Dazu: Hedwig Döring. Alexander Carret. X Hugo Schulz. Athros-Trio. X Tom Bell. Duskomatograph usw.

Im Saale: **Grosser Ball.** Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Jeden Tag:

Konzert des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara. Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.

Hermann Imbs. Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.**

Neue Welt. Hasenheide 108/114. Arnold Scholz. Mittwoch, den 5. August:

Grosses Ernte-Fest. Gratis-Verlosung goldener und silberner Uhren. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Morgen Donnerstag: **Wittler-Konzert.** — Feuerwerk. Freitag, den 7. August: **Massen-Konzert.**

Schweizer-Garten am Königshof, am Friedrichshof.

Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung,** Ball und Volksbelustigungen.

Abends: **Berliner Sportmadel.** 10 Uhr. Wofte m. Ges. in 2 Bildern v. Geride. Lebende Bilder. Neueste Aufnahme.

Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Reichshallen Täglich: **Stettiner Säger.**

Anfang: 8 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Max Kiem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: **Paul Milbits.** Täglich: 17180

Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: **Commerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Die Kaffeestunde ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

2 hochgelegene Regeldahnen, Würfelbuden, Konbitoret, Blumenstand etc.

In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee. „Zum Sterncker“, Inhaber: C. Koch.

Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.** Riesenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser Ball.** Illumination der Fontaines lumineuse. Jeden Mittwoch: **Grosses Kinderfreudfest mit Gratis-Verlosung.** Jeden Donnerstag: **Grosses Monstre-Elite-Faueurwerk u. Doppelkonzert.** Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.** Kaffeestunde. — Volksbelustigungen aller Art.

Diez' Specialitäten-Theater Landsberger Allee 78-77 (Ringbahn-Station).

Ob schön! Ob Regen! Täglich: das vollständig konkurrenzlose **Riesen-August-Programm!** H. Stahnke, Mt. Deamando und Miss Ann. The Delsons. Loro-Quartett. Gebr. Sellong. Fritz Brand. Dantes Bioscop usw. Sonnab. Sonntag, Freitag: **Tanz.** Anf. 8 Uhr. 6 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Lochmann's weltberühmte, bei einfachem Zurücklegen des Kopfes intensiv spülende **Nasen-Douche „Frish und Frei“** aus Porzellan. D. R. G. M. 134776. Pat. in allen Staat. Grossartigste Wirkung. Tausendf. erprobt u. ärztl. empfohlen. a. H. 1. — i. Apotheken, Gummi- u. Parfümerie-Geschäft.

